Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch **Boten** monatl. 5.50 zł, in den **Ausgabestellen** monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der **Provinz** monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch **Boten** monatl. 5.40 zł. **Postbezug** (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter **Streifband** in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. **Einzelnummer** 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — **Anschrift für Anzeigenaufträge:** „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

70. Jahrgang | Mittwoch, 25. März 1931 | Nr. 69

Die aufgeregte Debatte

Das Abkommen mit Wien — Nichts gegen die Verträge — Erklärungen von Dr. Curtius

(Bericht unserer Berliner Redaktion.)

P.R. **Berlin**, 23. März.

Montag vormittag empfing der Reichsaußenminister **Curtius** den österreichischen Gesandten Dr. **Frank** zu einer längeren Unterredung. Heut nachmittag findet bei Dr. **Curtius** auch eine Besprechung über das deutsch-österreichische Abkommen statt, zu der schon am Freitag die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens eingeladen wurden.

Im Laufe des Vormittags ist die deutsche Regierung amtlich über den Schritt der Mächte in Wien unterrichtet worden. Im offiziellen Bericht für die Presse wird hervorgehoben, daß die Demarche in Wien nicht auf Grund der Mitteilungen, die von der deutschen und österreichischen Regierung den fremden Regierungen über den Inhalt des Vertrages gemacht worden waren, unternommen wurde, sondern lediglich auf Grund von Pressemitteilungen. Es bestätigt sich, daß der **Einspruch**, insbesondere in der Form, wie er von der **Tschechoslowakei** erhoben wurde, sich gegen die beabsichtigte Zollunion auf Grund des Genfer Protokolls vom 4. Oktober 1922 wendet. Der Inhalt dieses Genfer Protokolls über den Abschluß der Völkerbundsanleihe an Oesterreich verpflichtet jedoch Oesterreich lediglich, seine **Unabhängigkeit nicht antasten zu lassen**. Von einer Beschränkung der österreichischen Regierung in ihrer **Zollpolitik ist nicht die Rede**. Deutscherseits wird festgestellt, daß bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich auch dieses Genfer Protokoll einer genauen Durchsicht unterzogen worden sei. Man ist in Berlin der Ansicht, daß der Protest der tschechoslowakischen Regierung **unwirksam** bleiben wird.

Deshalb ist wohl die Nachricht der „Nachtausgabe“, daß die französische Regierung mit allen Mitteln, vielleicht auch mit einem Einspruch im Völkerbundsrat, gegen Oesterreich vorzugehen trachte, mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Zwar scheint **Briand** tatsächlich von der Entwicklung, die seine paneuropäischen Pläne genommen haben, **nicht sehr erbaut** zu sein. In seiner heutigen Unterredung mit dem **deutschen Botschafter** soll der französische Außenminister noch einige **Zurückhaltung** geübt haben. Um so schärfer wendet sich aber gegen das deutsch-österreichische Abkommen der Briand nahestehende **„L'Oeuvre“**. In diesem Blatt wird den Außenministern Deutschlands und Oesterreichs vorgeworfen, daß sie Briands Außenpolitik **ruinieren**. Etwas unangenehm scheint man in Paris berührt zu sein, daß **England Zurückhaltung** übt und sich der französisch-italienisch-tschechischen Demarche in Wien **nicht angeschlossen** hat. Einige Verstimmung scheint in Paris auch die inoffizielle italienische Feststellung hervorgerufen zu haben, daß Italien sich zwar der Demarche anschloß, nach Erfüllung dieser Formalität sich aber weiterer Schritte zu enthalten gedenke.

Schober hat in seiner Erwiderung an die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei hervorgehoben, daß die deutsch-österreichischen Abmachungen **ganz im Rahmen der von Frankreich vertretenen europäischen Wirtschaftspläne lägen**. Aehnlich hat sich Dr. **Curtius** in einem Interview **Sauerwein** gegenüber geäußert, das im **„Matin“** veröffentlicht wird. Von der **deutschen** Presse wird allgemein das Abkommen als **großer persönlicher Erfolg** des deutschen Außenministers gewertet. Bezeichnen muß erscheinen, daß die deutschnationale Presse, die bisher in strikter Opposition zur Außenpolitik Curtius' verharrte, nun offen ihm **ihre Unterstützung in Aussicht stellt**, allerdings unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht noch nachträglich weich wird und dem Ansturm der Mächte nachgibt. Reichskanzler **Brüning** wird am Mittwoch in einer Rede, die er auf dem Industrie- und Handelstag halten wird, das Zollabkommen zwischen Wien und Berlin erwähnen, wobei er zweifellos feststellen wird, daß das Abkommen in keiner Weise gegen die Verträge verstoße und daß Deutschland **nicht daran denke, von dem einmal eingeschlagenen Wege abzuweichen**.

Meldungen aus Wien zufolge hat man dort die Demarche der Mächte in **aller Ruhe** aufgenommen.

Die Budapester Presse betont, daß Ungarn das größte Interesse an dem Plan der deutsch-österreichischen Zollunion habe, die eine außerordentliche Bedeutung für das ungarische Wirtschaftsleben, besonders für die Verwertungsmöglichkeiten seiner landwirtschaftlichen Produkte haben könne. Im Zusammenhang mit der neuesten Entwicklung, die die europäische Politik durch das deutsch-österreichische Abkommen genommen hat, wird es von Interesse sein, zu verzeichnen, daß Grandi seinen Plan, nach Paris zur Europakonferenz zu kommen, aufgegeben hat. Manzoni, der italienische Botschafter in Paris, hat am Sonnabend Briand davon in Kenntnis gesetzt, daß er die italienische Delegation in Paris führen werde, weil Grandi durch dringende Verhandlungen verhindert sei.

Heute:

Politik:

Leitartikel: Sejmbilanz.
Die österreichisch-deutsche Verständigung. — Das Aufsehen in Polen. — Die aufgeregte Debatte. — Noch keine offizielle französische Stellungnahme. — Die Aenderung der sozialen Gesetzgebung. — Die Bestimmungen der Novelle zum Antialkoholgesetz.

Recht und Steuern:

Aufwertung von Darlehnsforderungen. — Wirt und Mieter. — Stempelgebühr von Steuerreklamationen.

Handel:

Wirtschaftsfrieden für Europa.

Das Aufsehen in Polen

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 24. März.

Der Abschluß der deutsch-österreichischen Zollunion hat in ganz Polen ungeheures **Aufsehen** erregt. Die Warschauer Presse ist in den letzten Tagen angefüllt mit Meldungen, die dieses wirtschaftspolitische Ereignis kommentieren. Vor allen Dingen wird auch schon in den Ueberschriften darauf aufmerksam gemacht, daß Minister **Curtius** mit seinem Mitteleuropaplan der Verwirklichung des Briandschen Paneuropaplans **zuvorgekommen** wäre.

In der heutigen Warschauer Presse finden sich bereits auch zum Teil eingehende **Kommentare** über die deutsch-österreichische Einigung. So schreibt im **„Expreß Poranny“** der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. **Roger-Battaglia**: „Was bisher in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, weist darauf hin, daß die Handelspolitik Oesterreichs in Zukunft vollständig **abhängig** von der Handelspolitik Deutschlands sein wird, mit dem Oesterreich in Zukunft tatsächlich **ein Wirtschaftsgebiet** bildet. Vom Standpunkt der **polnischen** Wirtschaftsinteressen aus bedeutet der neue Vertrag zweifellos die Wahrscheinlichkeit einer weiteren **Verringerung des polnischen Exports**, besonders bei Schweinen, Fleisch usw., nach Mitteleuropa. Solche Konsequenzen des deutsch-österreichischen Vertrages werden wahrscheinlich schon im Jahre 1932 eintreten.

Es ist **unmöglich**, in diesem Augenblick vorauszusehen, welche **Milderungen** für diese Folgen **Polen** auf dem Wege von Verhandlungen wird **erreichen** können. In jedem Falle muß sich Polen **sofort** der neuen schwierigen Situation **anpassen**, und zwar hauptsächlich auf dem Gebiete des Exports nach Mitteleuropa. Zu diesem Zweck wird es nötig sein, möglichst schnell das Niveau der **Industriezölle zu erhöhen**, um eine bessere Operationsbasis für die Verhandlungen über eine neue Handelspolitik sowohl mit Oesterreich wie auch mit der Tschechoslowakei zu haben und gleichzeitig das durch Deutschland infolge der Erhöhung seiner landwirtschaftlichen Zölle verletzte **Gleichgewicht wiederherzustellen**. Außerdem wird es unbedingt **nötig** sein, zu dem System von **beschränkten Kontingenten** zu niedrigen Zollsätzen überzugehen, da Polen in nächster Zeit gezwungen sein wird, **England** verschiedene Vorzüge auf dem Gebiete des Maschinenimports zu gewähren. Um nun Deutschland, die Tschechoslowakei und Oesterreich nicht auch in den Genuß dieser Vorteile zu setzen, wären die **Kontingente notwendig**.

Dr. Roger-Battaglia weist ferner darauf hin, daß durch den deutsch-österreichischen Vertrag der **Agrarblock zerschlagen** würde, und die deutsche Politik, die die Schaffnung eines neuen großen Zentrums in Mitteleuropa unter der Führung Deutschlands anstrebe, auf den Weg der Verwirklichung zumindest in **wirtschaftlicher** Hinsicht gekommen sei.“

Das führende Regierungsorgan **„Gazeta Polska“** veröffentlicht heute nur einen kurzen eigenen **Kommentar** und kündigt eine eingehende Stellungnahme für morgen an. In dem heutigen Kommentar schreibt sie: „Wie dem auch sei, die wirtschaftliche Bedeutung dieses Vertrages tritt zurück hinter seinem **politischen** Effekt. Zu sehr ruht auf ihm der Schatten des **Anschlusses**, als daß man irgendein anderes Hauptmotiv darin erblicken könnte. Deshalb reagiert auf diesen Vertrag auch die öffentliche Meinung vorwiegend **politisch** und erblickt in ihm einen Schritt nicht in der Richtung der Verwirklichung des Briandschen Projekts, sondern höchstens in der Richtung **Mitteleuropas** unter der **Hegemonie Deutschlands**.“

Der dem Regierungslager nahestehende **„Kur. Poranny“** schreibt: „Polen hat an dem Protest gegen den Vertrag **nicht** teilgenommen, wobei es offensichtlich auf dem Standpunkt steht, daß **jeder Staat seines eigenen Glückes Schmied** ist und daß es dafür, wenn nun jemand unbedingt seine selbständige Staatlichkeit **verlieren** will, **keinen Rat** gibt. Auf jeden Fall fühlt Polen sich **nicht** berechtigt zu irgendeinem äußeren **Druck** auf Oesterreich, mit dem es die loyalen Beziehungen **nicht** zu verlieren hofft, selbst wenn es in den Bestand des Deutschen Reiches **aufgehen** würde. Aber das wird man sich in Wien zweifellos noch **sehr überlegen**. Im übrigen geben wir einen freundschaftlichen Rat **nur denen**, die von uns die Ausübung eines politischen Drucks auf Oesterreich wünschen. Deswegen sind wir auch der tschechischen Politik gegenüber, die uns ebenfalls oft nicht gefallen hat, **niemals** mit irgendwelchen **Ratschlägen** oder mit einem **Druck** herangetreten.“

Die **„Gazeta Warszawska“** schreibt: „Es ist klar, daß sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete in Mittel- und Osteuropa **Evolutionen** vollziehen, die unmittelbar auf die **Interessen** und die **wirtschaftliche Entwicklung** Polens einwirken. Denn wo haben wir wirtschaftliche Möglichkeiten außerhalb der Grenzen dieses Landes? Vielleicht in **Rußland** und im Süden von Osteuropa, auf dem **Balkan** oder in der **Türkei**. Gegenüber Rußland führen wir heute eine merkwürdige Abstinenzpolitik, die dazu geführt hat, daß wir trotz der ungemein günstigen geographischen Lage uns im russischen Wirtschaftsleben **ganz am Ende** befinden. Werden wir mit philosophischer Ruhe uns auch die Aktivisierung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhältnisses ganz in unserer Nähe ansehen? Die Ankündigung der deutsch-österreichischen Zollunion erleuchtet blitzartig die zukünftigen Wege der europäischen Politik.“ Auch die „Gazeta Warszawska“ nimmt eingehend zu der Zollunion Stellung und versucht zu beweisen, daß dem Versailler Vertrage (!) zufolge ein solcher Zusammenschluß unmöglich wäre und **verhindert werden müßte**.

In dem größten Teil der polnischen Presse kommt die **Befürchtung** zum Ausdruck, daß sich **Ungarn** diesem Vertrage **anschließen** würde und auch der **Balkan** dem mitteleuropäischen Zollgebiet zugehören könnte.

Der Reichstag beschließt

Berlin, 24. März. (Eig. Telegr.)

Der Reichstag verabschiedete am Montag abend die sozialdemokratischen Steueranträge, die bereits im Steuerausschuß durch die gegenwärtige Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen waren. In zweiter und dritter Lesung sind die Anträge vom Plenum angenommen worden. Die Reichsregierung, die sich bekanntlich **gegen jede Steuererhöhung** ausgesprochen hatte, wird zunächst die Stellungnahme des **Reichsrates** abwarten.

Sejmbilanz

(Von unserem ständigen Warschauer WS-Korrespondenten.)

Warschau, 22. März.

Der neue Sejm hat am Sonnabend seine erste Session geschlossen und damit die erste Kraftprobe abgelegt. Dieses Parlament, das bei seiner Geburt die Republik in den heftigsten Wehen erzittern ließ und dessen Schaffung noch nicht aufgehört hat, die Quelle tiefgehender innerlicher und äußerlicher Schmerzen des Landes zu sein, war von Anfang an ungewöhnlich starken politischen Stürmen ausgesetzt. Sie wehten aus allen Himmelsrichtungen und vereinigten sich in der Wiejskastraße zu einem reißenden Strudel, um schließlich doch an der Konstruktion des neuen Parlaments zu scheitern.

Womit nicht gesagt sein soll, daß die bestürmende Opposition unklug und der festbleibende Regierungsblock klug war. Auch umgekehrt soll hier vermieden werden, zu behaupten, die Opposition habe sich in der Rolle des vergebens kämpfenden Gottes und die Regierung mit ihrem Anhang in der des Bauern befunden, der die größten Kartoffeln erntet. Es hat sich gerade in diesem Parlament mit besonderer Klarheit nur wieder gezeigt, um wieviel wertvoller der Besitz der Macht ist. Denn sicherlich hat auch die Regierung mit dem Recht auf ihrer Seite gekämpft, ausschlaggebend aber war für sie nicht nur in diesen Fällen stets die Macht, die sie seit den Novemberwahlen sich auch im Sejm geschaffen hat. Kein Sturm und kein Orkan der Opposition konnte an dieser Tatsache, an dem Willen der Regierung rütteln.

Gleich nach den Wahlen wurden über die innere Festigkeit des Regierungsblocks die verschiedensten Vermutungen angestellt. Man hörte oft die Prophezeiung, daß ein so buntscheckig in sozialer, nationaler und auch moralischer Beziehung zusammengesetzter Block den vielseitigen Stößen des parlamentarischen Lebens nicht lange würde standhalten können. Noch ist nicht aller Tage Abend, aber was beim Abschluß der ersten Sejmsession nachdrücklich festgestellt werden muß, ist der **ungebrochene Zusammenhalt** im Regierungslager. Es hat wohl innerhalb dieses Lagers gewisse Verschiedenheiten in der Ansicht über die Brester Ereignisse gegeben, aber sie wurden erledigt ohne einen Bruch im Block. Bei der Abstimmung über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidations- und Handelsvertrages wurde im Regierungslager ebenfalls keine hundertprozentige Einigkeit erreicht, aber man konnte sich die Dokumentierung der Verschiedenheit der Ansichten auch hier nach außen hin ohne Schaden für das Ganze leisten. Fest und geschlossen, nur mit verhältnismäßig wenigen Lücken saß tagaus tagein der Regierungsblock breit in der Mitte des Sejmsaales. Wenn links und rechts gähnende Leere herrschte, oder die Reden der Minister zumindest ohne Beifall verhalten: vor sich sahen sie stets die gefüllten Bankreihen ihrer Partei, und das Haus hallte wider von dem Beifall ihrer Getreuen, der Sejmmehrheit.

So war es im vergangenen Winterhalbjahr für die Regierung — die in ihren politischen Handlungen für sich nur die **offizielle Bezeichnung** Diktatur **ablehnte** — ein Leichtes, auch mit Sejm zu regieren. Wenn man die Vorgänge der Monate September, Oktober und November des vorigen Jahres aus dem Gedächtnis des Auslandes hätte auslöschen können, so hätten wohl nur in wenigen Staaten Europas die Minister

mit größerer Unbesorgtheit um die Entwicklung ihrer politischen Zukunft nachts das Haupt zur Ruhe legen können.

Die erste Schlacht im neuen Sejm wurde um Brest geschlagen. Wer als Sieger und wer als Besiegter daraus hervorging, ist nicht hier und nicht jetzt zu entscheiden. Denn selbst der Begriff des Sieges ist nicht eindeutig. Wie viele Siege trugen schon den Todeskeim für den Sieger in sich. Aber beendet hat die Brester Schlacht ebenso wie die Kämpfe um die Pazifizierung Ostgaliziens, die sich an die Brester Debatte anschlossen, die Regierung mit ihrem Anhang im Parlament. Ausschlaggebend war nicht kluge Strategie, nicht geschickte Taktik — beide Eigenschaften kann man übrigens der Regierung trotzdem keineswegs absprechen —, sondern in diesem Falle vor allen Dingen die Macht, die die Mehrheit im Sejm darstellt, und die daraus sich für Verwaltung und Rechtswesen des Staates ergebenden Konsequenzen. Diese Macht hat den Stoß der Opposition aufgefangen und die Sehnen der Stärke seiner parlamentarischen und juristischen Behandlung durchschnitten.

Den mehrere Wochen andauernden parlamentarischen Kämpfen um die Vorgänge in Brest und Ostgalizien folgte die Verfassungsdebatte. Sie brachten keinen Abschluß, weil man sich im Regierungslager selbst noch nicht über diese bedeutungsvollste aller politischen Handlungen ganz einig ist. Man hat die Aenderung der Verfassung aufgeschoben, bis die Regierung selbst ein eigenes Projekt dafür vorlegt. Wahrscheinlich wird die nächste Session sich mit diesem grundlegenden innerpolitischen Problem zu befassen haben.

Die Haushaltsdebatte führte in nicht minder hohem Maße wie die vorhergehenden Aussprachen zu heftigen Angriffen der Opposition gegen die Regierung. Schließlich wurde der Haushaltsplan zum ersten Male in der Geschichte des neuen polnischen Staates mit den Stimmen einer einzigen Partei, des Regierungsblockes, angenommen, während die Opposition rechts und links zusammen mit den nationalen Minderheiten dagegen stimmte.

Die letzte Tat des neuen Sejm in seiner ersten Session war die Absolutionerteilung für das, was die polnische Rechtsopposition „Sünden des Finanzministers Czechowicz“ nennt. Die beiden vorhergehenden Parlamente hatten bekanntlich die unter Finanzminister Czechowicz vorgekommenen Budgetüberschreitungen in den Jahren 1927/30 nicht bestätigt. Er sollte vielmehr deswegen vor den Staatsgerichtshof gestellt werden und dankte bei den Budgetberatungen im vorigen Jahr ab. Eine eingesetzte Untersuchungskommission stellte tatsächlich fest, daß gewisse Posten der Budgetüberschreitungen nicht gerechtfertigt seien. Nunmehr hat der neue Sejm schützend die Hände über diese Geschichte gebreitet, und am vorletzten Tage der ersten Session Herrn Czechowicz Absolution erteilt.

Das eigentliche Schlußwort hatte in der Sejmsession der Finanzminister Matuszewski, der die von dem Senat vorgeschlagenen Aenderungen im Haushaltsplan am letzten Tage noch verteidigte. Schon herrschte Abschiedsstimmung in dem Hohen Hause. Die Ferien und die schöne warme Frühlingssonne lockten, und wenn auch die Regierung am Schlußtage zahlreich vertreten war, — das Sejmplenum war es nicht mehr.

Bilanz machen werden zuhause nach dieser ersten Kraftprobe des Parlaments vor allem diejenigen, die es geschaffen haben. Das ist weniger das Volk, vielmehr die Regierung. Aber sie wird zufrieden sein können mit dem, was sie für sich bisher erreicht hat. Die Opposition hat nicht mehr so viel Gift in den Zähnen, wie kurz nach den Wahlen. Der Charakterzug aller slawischen Völker, überlegene Mächte bald als unabwendbares Schicksal hinzunehmen, ohne in ihrer unentwegten Bekämpfung und der Hoffnung auf den schließlichen Sieg über sie eine Lebensaufgabe zu sehen, äußert sich auch in den polnischen Volksvertretern. Die Regierung kann überzeugt sein, daß die Mehrzahl derjenigen Abgeordneten der polnischen Opposition, die von der Rednertribüne herab eine wahre Berserkerwut im Kampfe gegen sie gezeigt haben, heute mit friedlichem Schmunzeln durch das sonnige Land nach Hause gefahren sind in der festen Absicht, sich durch keinen „politischen Kram“ die Feiertage verderben zu lassen.

Sicherlich wird die Regierung diese ihre Feinde beneiden. Auch für sie wird es vielleicht ein Ostern mit schönem Wetter geben, aber es sind bestimmt keine Feiertage ohne Sorgen. Der Kampf im Sejm wurde gewonnen, nicht aber der Kampf mit der tausendköpfigen Hydra der Wirtschaftskrise. Das Staatsbudget wurde gegen die Stimmen sämtlicher Oppositionsparteien angenommen und zeigt im Voranschlag sogar einen ganz kleinen Ueberschuß. Aber schon heute weiß der Herr Finanzminister, daß es im nächsten Jahre „einige Hundert Millionen Defizit“ geben wird. Aber nicht nur der Herr Finanzminister hat Sorgen, im Augenblick hat sie vor allem auch der Innenminister. Die Verhandlungen mit den Ukrainern, die noch immer in ein recht geheimnisvolles Dunkel gehüllt sind, können nicht durch eine Mehrheit im Parlament zum Abschluß gebracht werden, und sie sind gerade nicht aussichtsreich, wenn auch ein völliger Abbruch nicht zutreffen dürfte. Und mit dem Herrn Innenminister hat der Herr Außenminister Sorgen. Denn auf den österlichen April folgt der schöne Mai, in dem alle Bäume blühen, aber auch in Genf Berichte erwartet werden. Auch in Genf wird leider nicht durch eine Mehrheit des Regierungsblocks entschieden, und den Debatten über Brest und Ostgalizien kann man dort nicht so mit einfacher Stimmenmehrheit den Faden abschneiden wie in Warschau.

So ist die Welt für die Regierung voller Sorgen, obwohl der Regierungsblock im Sejm in der ersten Session fest und treu zusammengehalten und sich in den innerpolitischen Stürmen bewährt hat.



Flugzeug stürzt auf die Straße

Die Trümmer der abgestürzten Maschine auf dem Straßenpflaster

Ein polnisches Heeresflugzeug neuester Konstruktion stürzte, wie gestern gemeldet, bei einem Probeflug auf einer belebten Straße Warschaus ab. Der Pilot, Ing. Pulawski, wurde sofort getötet, zwei Passanten erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Noch keine französische Stellungnahme

Hetze der französischen Presse — Druck auf Oesterreich? — Prag ist sehr aufgeregt — Was wird die kleine Entente unternehmen?

(Telegr. unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 24. März.

Die französische Regierung hat noch immer offiziell ihren Standpunkt zum deutsch-österreichischen Abkommen nicht verkündet. Dagegen hat sich die Hetze der französischen Presse verstärkt. Im französischen Ministerrat, der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue stattfand, berichtet Briand über das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen. Dem Kabinett wurden außerordentliche Vollmachten in bezug auf dieses Abkommen erteilt, um in Uebereinstimmung mit den übrigen beteiligten Mächten die Begutachtung zu verlangen. Man glaubt jedoch in informierten Kreisen, daß diese Ermächtigung für Briand mehr dem Bedürfnis entsprungen sei, der innerpolitischen Kampagne gegen Briand einen Dammentgegenzusetzen. Allerdings setzt die französische Regierung ihre Hoffnung auf den Umstand, daß der deutsch-österreichische Vorvertrag keinen endgültigen Chrakter trägt und infolgedessen vielleicht anderen Staaten noch die Möglichkeit offen bleibt, vor Abschluß des definitiven Vertrages ihre besonderen Interessen zur Geltung zu bringen. Es kann daher als sicher erscheinen, daß die tschechische und französische Regierung einen Druck auf Oesterreich auszuüben versuchen werden. Briand wird auch die Gelegenheit des Besuches des englischen Außenministers zur Europakonferenz in Paris benutzen, um mit dem englischen Außenminister über die Frage der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung eingehend zu konferieren, und die französischen Blätter geben sich zum Teil der Hoffnung hin, daß sich Henderson noch zum Standpunkt Briands bewegen lassen wird. Der ursprüngliche Zweck der Ministerzusammenkunft ist natürlich die Behandlung der in der Europakommission aufgeworfenen Fragen. Man will die Verfassung, die Organisation und die Arbeitsmethoden der Europakommission so weit vorgreifen, daß konkrete Vorschläge gemacht werden können.

Die Beratungen der Getreidekommission über die Frage, wie die Ueberschüsse der Oststaaten aus der Ernte 1930 zu verwenden sind, hat kein großes Ergebnis gezeitigt. Der zweiten Konferenz, die die Vorzugszölle zu behandeln hat, steht noch die schwierige Frage bevor, wie Rußland und die Türkei an den Verhandlungen zu beteiligen sind. Auch die Frage der Zulassung Danzigs wird angeschnitten werden müssen.

Die tschechische Handelsdelegation hat die Verhandlungen in Wien unterbrochen und ist heute nach Prag zurückgekehrt. Es ist nichts über die Wiederaufnahme der Verhandlungen bestimmt worden, und es scheint, daß auch die tschechisch-südslawischen Verhandlungen durch die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Abkommens verzögert worden sind. Die tschechischen Regierungsparteien haben heute im Senat eine Interpellation eingebracht, in der ernste Bedenken gegenüber dem deutsch-österreichischen Abkommen enthalten sind.

Der deutsche Gesandte in Prag hat gestern vormittag Dr. Benesch den deutsch-österreichischen Vertrag notifiziert. Benesch nahm die Erklärung des Gesandten zur Kenntnis, behielt sich aber die endgültige Stellungnahme noch vor.

Vizekanzler Schober, der heute in Dresden einen Vortrag hält, traf mittags in Prag ein, ohne sich hier aufzuhalten. Er wurde auf dem Bahnhof lediglich vom österreichischen Gesandten erwartet.

Es ist ersichtlich, daß Prag das stärkste Widerstandszentrum gegen die deutsch-österreichischen Abmachungen bedeutet. Es setzt alle Hebel in Bewegung, um zumindest Frankreich zu einer energischen Abwehr zu veranlassen.

Vorläufig ist allerdings nicht klar, ob die Staaten der kleinen Entente in der ganzen Frage auf einer Linie stehen. Zur Zeit findet ein Meinungsaustausch zwischen Prag, Belgrad und Bukarest statt. Aus Bukarest wird gemeldet, die rumänische Regierung werde heute noch ihre Vertreter in Berlin und Wien anweisen, mitzuteilen, daß Rumänien für ein Präferenzsystem sowie regionale Zollübereinkünfte sei unter der einzigen Bedingung, daß die bestehenden Friedensverträge nicht verletzt werden. Aus dieser amtlichen Feststellung ist zu ersehen, daß Rumänien mit dem deutsch-österreichischen Abkommen nicht unzufrieden ist, weil es aus ihm wirtschaftliche Vorteile erhofft. Ueber die Stellungnahme in Belgrad liegt noch nichts vor. Es ist jedoch aus der Stimmung, mit der man in Belgrad das deutsch-österreichische Abkommen aufgenommen hat, zu ersehen, daß es nicht daran denkt, auf einer Linie mit Prag vorzugehen.

Die Veröffentlichung der „Richtlinien“ in Frankreich

Paris, 24. März. (R.) Die Agentur **„Havas“** hat gestern abend der Presse den Text des Protokolls, das zwischen Oesterreich und Deutschland unterzeichnet worden ist, unterbreitet. Jedoch veröffentlicht diesen Text nur das **„Echo de Paris“**, während der **„Matin“** und einige andere Blätter nur kurze Auszüge hierzu verbreiten. Im übrigen werden die Erörterungen über das Abkommen fortgesetzt. Einzelne Blätter bringen die heute beginnenden Verhandlungen des Organisationsausschusses für die Europaunion damit in Verbindung. So schreibt der Außenpolitiker des **„Journal“**, man werde jetzt über die Ansicht Hendersons Aufklärung erhalten. Er sagt weiter, man sollte glauben, daß der englische Schritt in Wien am Sonnabend nur deshalb unterblieben sei, weil am Wochenende keine Instruktionen aus London zu erhalten gewesen seien. Die Engländer überblickten allerdings die politischen Folgen erst, wenn die Ereignisse eingetreten seien. Auch sei es gar nicht gewiß, daß den Engländern die Verwirklichung des Anschlusses sehr mißfalle.

„Republique“ fordert wiederum die Verallgemeinerung der in den deutsch-österreichischen Vereinbarungen vorgesehenen Beseitigung der Zollschranken. Das Blatt schreibt, das Abkommen zwischen Dr. Curtius und Dr. Schober habe die Abtragung der Zollschranken zum Gegenstand. Habe man nicht in Frankreich zu gewissen Zeiten von einer französisch-belgischen Zollunion gesprochen? Das Einzige, was man in Frankreich jetzt tun könne, sei, zu verlangen, daß das österreichisch-deutsche Abkommen verallgemeinert werde und daß ein deutsch-französisches Abkommen auf der Grundlage und nach dem Muster des österreichisch-deutschen Abkommens geschlossen werde.

„Volonté“ sagt, die Nationalisten würden die Aufrechterhaltung des Status quo um jeden Preis fordern, d. h. keine Rationalisierung der Wirtschaft zulassen. Es sei möglich, daß die Friedensverträge juristisch eine solche Lösung ermöglichen würden, aber der elementarste gesunde Menschenverstand rate unter den gegenwärtigen Umständen von einer solchen Aktion ab, die gefährlich negativ wäre. Bevor man daher gegen den österreichisch-deutschen Vertrag loswettere, müsse man erst einmal feststellen, ob er nicht einem auf ganz Europa ausgedehnten System den Weg öffne und ob die Opfer, die Oesterreich und Deutschland sich gegenseitig bringen, nicht von allen europäischen Staaten gebracht werden könnten.

„Quotidien“, der noch gestern den rein wirtschaftlichen Standpunkt vertreten hat, gibt diesen in seinem heutigen Leitartikel preis und schreibt: Welche Völker könnten sich dem neuen Zollverein anschließen? Etwa Italien oder Polen oder die Tschechoslowakei? Nein!

Die englischen Finanzblätter zur deutsch-österreichischen Einigung

London, 24. März. (R.) Die beiden großen Finanzblätter „Financial News“ und „Financial Times“ bekunden volles Verständnis für den Plan, besonders „Financial News“, die nachdrücklich erklären, aus wirtschaftlichen Gründen sei die von den Finanzverträgen vorgesehene Isolierung Oesterreichs selbstmörderisch. Von einer Verletzung der Friedensverträge oder des Protokolls von 1922 könne keine Rede sein. Jeder vernünftige Mensch habe die Pflicht, im Namen der Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes gegen jeden Versuch Einspruch zu erheben, der etwa unternommen werden sollte, um wegen des Schreckgespenstes des Anschlusses die aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Zollvereinbarung zu verhindern.

Die Stellungnahme der „Herald Tribune“ zum deutsch-österreich schen Abkommen

Neuyork, 24. März. R.) **„Herald Tribune“** bringt einen Leitartikel über die deutsch-österreichischen Vereinbarungen, in dem es u. a. heißt: „Wir haben hier ein Projekt, das im Namen der wirtschaftlichen Vernunft vorgebracht wird zu einer Zeit, da Europa wirtschaftliche Vernunft am meisten nötig hat. Aber dieses Projekt trägt weitreichende Folgen in sich, die das ganze System gefährden, auf dem Frankreich seine Politik aufbaute, selbst wenn es sich nicht um eine tatsächliche Vertragsverletzung handelt. Die dem Problem zugrundeliegenden Schwierigkeiten waren immer groß und wurden weiter kompliziert durch die Tendenzen des Versailler Vertrages, der den wirtschaftlichen Faktoren nicht Rechnung trug und zu sehr die nationalistischen Ansprüche berücksichtigte. Längst wurde offenbar, daß diese Orientierung früher oder später geändert werden muß. Das Ziel einer weisen und geschickten Diplomatie sollte die Korrektur jener wirtschaftpolitischen Mißgriffe sein. Die Darlegung des Problems, mit dem das deutsch-österreichische Vorhaben die Kanzleien Europas überrascht, zeigt dessen Zusammenhänge und damit seine außerordentlichen Schwierigkeiten. Die nicht unmittelbar beteiligte Welt dürfte daher zögern, sofort ihr Urteil abzugeben.

Der tschechoslowakische Handelsminister zu den deutsch-österreichischen Vereinbarungen

Prag, 24. März. (R.) Der Zentralrat der Kaufmannschaft veranstaltete gestern abend ein Bankett, auf dem auch Handelsminister Dr. Matuschek das Wort ergriff. Dem **„Prager Tageblatt“** zufolge erklärte er, was die österreichisch-deutsche Vereinbarung betreffe, so müsse er sich vor der Hand auf die bekannten Tatsachen stützen. Die tschechoslowakische Regierung könne sich nicht äußern und keine Stellung nehmen, so lange die Ansicht der Großmächte nicht bekannt sei. In Bewertung der Richtlinien kam der Minister zu dem Schluß, die deutsch-österreichischen Vereinbarungen bewiesen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker seien als die Politik. Wir müssen, so schloß er, daraus die Lehre ziehen, daß auch wir neue Wege betreten müßten. Unsere Verträge mit Jugoslawien und Rumänien werden sich sicher derart gestalten lassen, daß wir auch mit diesen beiden Staaten über Vorzugszölle und Kontingente zu einer Verständigung kommen. Wir müssen uns in erster Reihe an unsere nächsten Freunde halten, und aus der politischen kleinen Entente wird dann die wirtschaftliche kleine Entente entstehen. Es muß mit der Notwendigkeit von Kontingenten und mit der daraus folgenden Notwendigkeit der Schaffung von Exportorganisationen gerechnet werden.

Marschall Piłsudski auf der Mittelmeerfahrt

Gestern nachmittag hat der Marschall auf dem polnischen Kriegsschiff „Wicher“ Funchal verlassen und seine Reise durch das Mittelmeer angetreten. Er wird begleitet vom Obersten Wonczyński und dem Hauptmann Lepecki. Am Hafen wurde der Marschall von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden verabschiedet. Zum Abschied war eine Ehrenkompagnie beordert worden.

Jüdischer Empfang für Marschall Piłsudski in Jerusalem

Warschau, 24. März.

Wie aus Wien von den dortigen zionistischen Organisationen gemeldet wird, hat

Generalversammlung des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe

Bromberg, 23. März. Am gestrigen Sonntag fand in Bromberg die Generalversammlung des Wirtschaftsverbandes Städtischer Berufe statt, der deutschen Organisation, in der die Industrie, die Kaufmannschaft und das Handwerk Nord-Posens und Pommerellens zusammengeschlossen sind.

Einem Begrüßungsabend am Sonnabend folgte am Sonntag vormittag die Delegiertenversammlung, die nicht öffentlich war und in der interne Verbandsangelegenheiten erörtert wurden. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Antrag auf Aenderung der Verbandsstatuten, der eine so lebhafte Erörterung auslöste, daß nach der eigentlichen Generalversammlung am Abend die Delegiertenberatung fortgesetzt werden mußte.

Die Generalversammlung wurde durch den Verbandsvorsitzenden, Herrn Hege-Bromberg, eröffnet, der zunächst die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Behörden, des Deutschen Generalkonsulats in Posen und der Verbände und Vereine begrüßte. Der Wirtschaftsverband bestehe nun — so führte der Redner aus — bereits vier Jahre. Weniger für den Verband als für die Wirtschaft des Landes sei das letzte Jahr eines der schwersten gewesen. Steuern, Arbeitslosigkeit und die hohen Soziallasten liegen drückend auf den Betrieben. Trotzdem dürfe man den Mut nicht sinken lassen, sondern sich bemühen, durch Arbeit die trostlose Situation zu überwinden.

Geschäftsführer Schramm erstattete sodann den Geschäftsbericht. Im verflossenen Jahre habe der Verband seine Existenzberechtigung nachweisen können, da gerade in schwerster Not die Mitglieder sich seiner erinnerten und Hilfe und Unterstützung suchten. Die Zahl der Ortsgruppen sei von 38 auf 41 gestiegen. Vom Verband aus wurden 123 Versammlungen besucht, 57 Sprechstunden und vier Buchführungskurse abgehalten. Neben der Beratung der Mitglieder laufe die große Uebersetzungsarbeit, die der Verband zu leisten habe. Durch die Berufshilfe wolle der Verband dazu beitragen, daß die Jugend sich mehr dem Kaufmanns- und Handwerkerstande zuwende. Die wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern bietet, unterstrich der Redner zum Schluß und forderte engste Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen.

Nunmehr hielt Herr Dr. Hotz vom Deutschen Handwerksinstitut in Hannover einen Vortrag über „das Handwerk im industrialisierten Europa". Der Redner schilderte zunächst die Bedeutung, die dem Handwerk im Wirtschaftsleben zukomme. Die große Notlage des Handwerks sei auf die Arbeitsnot, die schlechten Preisverhältnisse und den Mangel an Aufträgen zurückzuführen. Der Konkurrenz der Großbetriebe könne nur durch Qualitätsarbeit die Stirn geboten werden. Hand in Hand mit der Lieferung von Qualitätsarbeit müsse eine Rationalisierung der Betriebe gehen, die vorsichtig, ohne große Kapitalsinvestierungen, durchzuführen sei. Bei dieser Rationalisierung wolle das Deutsche Handwerksinstitut helfend und beratend, vor allem aber kostenlos mitwirken. Das Institut führt wissenschaftliche Untersuchungen durch, die allen Handwerkern zugänglich gemacht werden. An Hand von Lichtbildern gab der Redner einen Ueberblick über Rationalisierungsmöglichkeiten und die Tätigkeit des Instituts.

Der Vorsitzende dankte dem Redner und schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Belehrungen auf fruchtbaren Boden gefallen sein mögen. Er forderte engste Zusammenarbeit aller Berufsstände zum Wohle des Verbandes.

Einstellung im polnischen Flugzeugbau

Wie die „Gazeta Polska Zachodnia" zu melden weiß, sind wegen Liquidation der Flugzeugabteilung in der Firma „Samolot" etwa 300 Angestellte entlassen worden. Demnächst soll die Entlassung der übrigen Angestellten erfolgen. Im Augenblick der Liquidation der Flugzeugabteilung in der Firma „Samolot" verliert Posen einen wichtigen Posten des polnischen Flugwesens.

Kleine Posener Chronik

em. In der ul. Piotra Wawrzyniaka fiel die 50jährige Ida Jordan plötzlich zu Boden. Der hinzugerufene Arzt der Bereitschaft stellte den Tod durch **Herzschlag** fest. — In der ul. Franc. Ratajczaka wurde der Radfahrer Franz Mendyk von einer Droschke **angefahren.** Der Schwerverletzte wurde in das Städtische Krankenhaus gebracht. — Gestern abend gegen 10 Uhr wurde in der ul. Nadbrzeżna von unbekannten Tätern ein **Drahthindernis** in Höhe von 40 Zentimetern über die Straße gezogen. Der grobe Unfug hatte zum Glück keine Folgen.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.

em. In die Wohnung des Ludwik Skubiszewski, ul. Dąbrowskiego 35, wurde ein Einbruch verübt, wobei den Dieben Garderobe und Bargeld in Höhe von 1000 Złoty in die Hände fielen. — In die Wohnung des Johann Pawlak, ul. Marsz. Focha 28, wurde ein Einbruch verübt und allerlei Garderobe im Werte von 2500 Złoty gestohlen.

× **Wer schoß auf den Jungen?** Gestern abend um 8 Uhr kehrte der 12jährige Marjan Mazurkiewicz mit seinem Bruder nach Hause zurück. Als sie beide in der ul. Rzepeckiego waren, in der, wie jedermann weiß, eine ägyptische Finsternis herrscht, wurde plötzlich geschossen und der kleine Marjan in die linke Hand getroffen. Die Aerztliche Bereitschaft brachte den Jungen ins Krankenhaus, wo ihm nach einer Operation die Kugel entfernt wurde. Bis jetzt weiß man noch nicht, wer geschossen hat, auch nicht, von woher der Schuß fiel. Hoffentlich gelingt es der Polizei, dieses Rätsel aufzuklären.

em. Auf der Chaussee nach Edmundowo wurde gestern ein Paket gefunden. Als man es öffnete, fand man in ihm eine männliche Kindesleiche. Die Polizei versucht Näheres zu ermitteln.

Wie weit ist der Unternehmer für seine Angestellten haftpflichtig?

Ein bedeutungsvoller Freispruch

em. **Posen,** 23. März. Vielleicht wird sich der eine oder andere unserer Leser noch an den furchtbaren Unfall erinnern können, der sich am 27. Februar v. Js. in der Chemischen Fabrik in Luban ereignete. Der dort beschäftigte Arbeiter Stanislaus Aniola stieg auf eine Leiter, um die Treibriemenwellen zu schmieren, wobei er von einem Treibriemen erfaßt und so heftig mit dem Kopf gegen die Wand geschleudert wurde, daß er tot von der Leiter fiel. **Da nach Ansicht des Arbeits-Inspektors Fahrlässigkeit vorlag, wurde der technische Leiter Stefan Dzierzbicki unter Anklage gestellt.**

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts (Vorsitz Landrichter Dr. Cyprian) fand heut die Verhandlung statt. Der Angeklagte behauptete, unschuldig zu sein, da er zum Schmieren der Maschinen einen dafür ausgebildeten Sattler beschäftigte und

Aniola trotz Verbots selbständig gehandelt

habe. Der als Zeuge vernommene Arbeits-Inspektor Kowalik behauptete, daß ein Verschulden seitens der technischen Leitung vorliege, da erstens die von dem Getöteten benutzte Leiter keine vorschriftsmäßigen Haken besaß, welche das Rutschen der Leiter verhindern können; zweitens müsse sich an jeder einzelnen Maschine eine Vorrichtung befinden, die die Maschine beim Schmieren der Wellen zum Stillstand bringt, was hier nicht der Fall war; und drittens sei die Aufsicht nicht streng genug gewesen.

Die als Zeugen vernommenen Arbeiter, welche dem Unglücksfall beigewohnt hatten, sagten aus, daß

Aniola vorher von ihnen gewarnt

worden sei; er solle warten, bis der Sattler käme. Aniola habe geantwortet, er habe keine Zeit.

Der Staatsanwalt hob hervor, daß hier lediglich ein Verschulden der technischen Leitung vorliege, welche nicht genügend Sicherheitsmaßregeln getroffen habe, um das Leben ihrer Angestellten zu schützen. Das Gericht war aber der Ansicht, daß **der Getötete sein tragisches Ende selbst verschuldet** habe, da er nicht zu den betreffenden Arbeiten bestimmt war und gegen die dort ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften gehandelt habe. Der Angeklagte wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Was gefällt Ihnen nicht?

„Es gibt nur eins, was mir am „Posener Tageblatt" nicht gefällt, nämlich die Beschlagnahmen. An solchen Tagen fehlt mir sozusagen das tägliche Brot für den Geist —".

— Ist das auch Ihr Urteil?

Oster-Preisausschreiben!

Die Polizei bestohlen

az. **Bromberg,** 23. März. In unserer Zeit fehlt es gewiß nicht an Ueberraschungen seitens der Herren Spitzbuben, Einbrecher und ähnlicher Zeitgenossen. Man nimmt die täglichen Meldungen über ihre „Leistungen" fast schon wie eine Selbstverständlichkeit hin, an der nichts zu ändern ist. Aber neulich gab es hier doch eine nette, gewiß nicht alltägliche Ueberraschung.

Am Abend des 20. März besuchte das Regierungsgebäude gegenüber der Hauptpost ein Mann, der im Korridor den dort hängenden Mantel sowie die Mütze eines Polizeibeamten stahl und damit verschwand. Der Täter wurde jedoch bald gefaßt. Es war ein gewisser Jan T., der ziemlich unter Alkohol stand und behauptete, die Tat

aus Sympathie für die schöne Kleidung der Polizei

begangen zu haben. Er wird sich wegen Trunkenheit und Diebstahls verantworten müssen.

Zwei tragische Eisenbahnunfälle

Thorn, 23. März. Auf der Station Brusa im Kreise Konitz fiel aus dem Bremskasten eines Güterzuges der Schaffner Trzebiatowski. Da ihm der Kopf aufgespalten, Hände und Füße abgefahren wurden, trat der Tod auf der Stelle ein.

Kattowitz, 23. März. In der Nähe der Eisenbahn wurde von Bahnbeamten eine männliche Leiche gefunden. Der Kopf lag mehrere Meter von dem Körper entfernt. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß es sich um einen Franz Thoma aus Gleiwitz handelt. Man ist noch vollkommen im unklaren, ob hier ein Verbrechen, ein Unfall oder Selbstmord vorliegt.

Unter der Straßenbahn. Gestern mittag ereignete sich in der Wjazdowa ein schrecklicher Unfall. Eine Frau geriet unter die Straßenbahn. Der Führer des Wagens hatte sofort gebremst, so daß die Bedauernswerte nur unter das Vorderteil des Wagens zu liegen kam. Die ärztliche Bereitschaft, die nach einiger Zeit eintraf und die besinnungslose Frau aus ihrer fürchterlichen Lage befreite, stellte fest, daß ernsthafte äußere Verletzungen nicht vorliegen. Da man aber schwere innere Beschädigungen befürchtet, wurde sie in das Städtische Krankenhaus zur Beobachtung gebracht. Es handelt sich um ein Fräulein Cecilja Musial von der Urbanowska-Chaussee.

Auch die gerissensten Einbrecher werden einmal erwischt

em. **Posen,** 23. März. In dem Herrenkonfektionsgeschäft der Firma Tylgner, Wasserstr. 27, wurde in den Monaten Dezember 1930 und Januar 1931 fortlaufend gestohlen. Trotz aller Bemühungen kam man den Dieben nicht auf die Spur.

Eines Tages beobachtete nun der Wächter der Firma, wie kurz nach Ladenschluß zwei unbekannte Personen den Hausflur betraten. Der eine von ihnen zog einen Schlüssel aus der Tasche und öffnete mit ihm die Tür zum Geschäft, in das er hineinging. Der zweite „Herr" verschloß die Tür vorschriftsmäßig und legte auch die eiserne Schiene vor die Tür. Dann entfernte er sich, um nach einiger Zeit die Tür wieder zu öffnen.

Der Wächter benachrichtigte sofort den nächsten Polizeibeamten, der dann beide „Herren" beim Verlassen des Geschäfts verhaftete.

Man hatte die Diebe erwischt.

Der eine von ihnen, ein Adam Nowicki, war früher in dem Laden beschäftigt.

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich beide — der andere Mann heißt Gorzelniak — wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Der Angeklagte Nowicki gibt die Tat zu, will aber nur zweimal den Diebstahl ausgeführt haben. Gorzelniak will er erst am Tatort in seine Pläne eingeweiht haben.

Der als Zeuge vernommene Kaufmann gibt an, daß die ihm

gestohlenen Sachen einen Wert von über 4000 Złoty

darstellen. Einen Teil der gestohlenen Sachen, die bei dem Mitangeklagten Gorzelniak gefunden wurden, hat er zurückerhalten.

Der Staatsanwalt beantragte für den bereits wegen Diebstahls vorbestraften Nowicki eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren und für den bisher unbestraften Gorzelniak eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Das Gericht verurteilte Nowicki zu einem Jahr und Gorzelniak zu 6 Monaten Gefängnis. Gorzelniak wurde eine Bewährungsfrist von 5 Jahren zugestanden.

Bromberg

× Opferkästen gestohlen. Der Propst Zelewski aus Krone an der Brahe teilt der hiesigen Polizei mit, daß aus der Kirche zwei Opferkästen gestohlen wurden, die etwa 200 Złoty Bargeld enthielten. Ermittlungen von der Polizei sind eingeleitet.

az. Festnahme zweier Kassenräuber. Der Bromberger Polizei ist es gelungen, in der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. auf dem hiesigen Bahnhof zwei Einbrecher festzunehmen, die von der Warschauer Polizei gesucht sind. Es handelt sich um den 46jährigen Stanisław Kotowicz und den 30jährigen Stefan Skonieczny. Die beiden hatten verschiedene Einbrecherwerkzeuge bei sich; offenbar planten sie einen größeren Einbruch in Bromberg. Nach einem „dritten im Bunde", dem es ihm letzten Augenblick gelang, zu entkommen, wird noch gefahndet.

az. Beschlagnahmt wurde die Sonntagsnummer des „Dziennik Bydgoski" wegen einiger satirischer Artikel anläßlich des Namenstages des Marschalls Piłsudski. Die Beschlagnahme erfolgte „mit Rücksicht auf das Staatswohl" (interes publiczny).

Inowrocław

z. 3 wanderlustige Gymnasiasten aus Inowrocław, mit Geldmitteln wohl ausgerüstet, hatte der beginnende Frühling dazu veranlaßt, die dumpfe Schulstube zu verlassen und in die Welt zu ziehen. Tatsächlich gelang es ihnen, auch ein Stückchen Welt zu sehen, denn erst an der tschecho-slowakischen Grenze, wo sie im Walde übernachtet hatten, wurde man auf dieses Kleeblatt aufmerksam. Nach angestellten Nachforschungen wurden sie dann durch die Polizei nach Inowrocław zurückgebracht. Erhebliche Geldmittel, auch Schußwaffen, wurden beschlagnahmt.

z. Kind verschwunden. Ein ungewöhnlicher Verlust wurde dem hiesigen Polizeikommando gemeldet. Das 6jährige Söhnchen Siegmund Geselle aus Janikowo befand sich am letzten Freitag mit seiner Mutter in Inowrocław zu Einkäufen. Es muß sich wohl von der Mutter entfernt haben und ist seitdem verschwunden.

Stilles Heldentum

× **Posen,** 23. März. Gewiß, es gibt auch heute nicht nur Verbrecher in der Welt, obwohl sie sich in der Oeffentlichkeit am breitesten machen und ihre Untaten, schon um zur Vorsicht und zum Selbstschutz zu mahnen, nicht einfach übersehen werden dürfen. Aber daneben gibt es auch Tausende, die schweigend ihre Pflicht erfüllen, von denen niemand etwas weiß, von denen niemand spricht. Nur selten dringt etwas von diesem stillen Heldentum in die Oeffentlichkeit.

Gestern früh führte wie alltäglich der Maschinist Franz Szczepaniak seinen Personenzug von Ostrowo nach Posen. Er fühlte sich nicht ganz wohl, aber er harrte auf seinem Posten aus, weil er wußte, daß Schicksal und Leben aller Passagiere davon abhängt, daß er sich von seinem Unwohlsein nicht übermannen läßt. Kaum hatte er in Posen im Lokomotivschuppen seinen Dienst erledigt, als er plötzlich einen Herzschlag bekam und tot umfiel. Ein Opfer seines Berufs.

Noch eine Rauschgiftaffäre

× 24. März. In unserer aller Erinnerung ist noch die Aufdeckung des Morphiumhandels des Posener Arztes Dr. Gąsikowski. Nun ist es

der Posener Polizei gelungen, einer zweiten Rauschgifthändlerbande auf die Spur zu kommen.

Gestern wurden ein Herr Szulc und ein Herr Jachowicki verhaftet. Szulc hatte einem Bewohner unserer Stadt ein Gramm Morphium für 11 zł verkauft. Als man Szulc verhaftete, fand man bei ihm Rauschgifte im Werte von 500 zł. Er will sie von Jachowicki zum Weiterverkauf erhalten haben. Jachowicki bestritt erst, etwas von dem Rauschgift zu wissen, dann gab er seine Beteiligung zu. Bisher hat er aber nicht angegeben, woher er das Gift hat.

Die Polizei versucht nun mit aller Energie, den Erzeuger des Giftes ausfindig zu machen. Hoffentlich werden ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt, denn die Häufung der Rauschgiftaffären in der letzten Zeit ist nicht dazu angetan, den Ruf unserer Stadt zu verbessern, deren Einwohner in ihrer großen Mehrheit davon gewiß nur mit Abscheu und Bedauern Kenntnis nehmen.

Mogilno

z. Freitod durch Erhängen verübte am Sonntag vormittag um 10½ Uhr der Kreisarzt von Mogilno Dr. Lucjan Montwiłł in seiner Wohnung. Der Tote hinterläßt Frau und Kinder. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt. Familienstreitigkeiten liegen nicht vor. Dr. Montwiłł war erst 41 Jahre alt. Eine energische Untersuchung der Kreispolizei Inowrocław ist eingeleitet.

z. Plötzlich an Herzschlag verstorben ist am letzten Sonntag der Baumeister des Kreisbauamtes Mogilno, Herr Wacław Rybelka.

Tremessen

× Erstickt. Kürzlich entstand in der Wohnung der Pelagia Szlachczyńska ein Brand, der dadurch verursacht wurde, daß die Frau in eine brennende Lampe Petroleum gießen wollte. Die 83jährige Frau, die allein in der Wohnung war, wurde durch den Qualm erstickt. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

Birnbaum

× Von ihrem Liebhaber erschossen. Am 23. d. Mts. erschoß ein Karl Białkowski aus Pinne auf der Chaussee zwischen Pinne und Birnbaum in der Nähe von Lubasz seine Geliebte, die Hebamme Dąbrowska. Białkowski stellte sich nach der Tat selbst der Polizei. Die Gerichtsbehörden wurden in Kenntnis gesetzt.

Kempen

× Unfall. Auf dem Dominium Kierzno kam der Vogt Klobus beim Schmieren der Lokomobile dem Treibriemen zu nahe, der ihm so schwere Verletzungen am Kopfe beibrachte, daß Klobus kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

Obornik

× In der Nacht zum 14. d. Mts. gebar die 22jährige unverehelichte Irene Gabyrich aus Mynkowo ein Kind, das die unnatürliche Mutter sofort tötete. Gestern wurde die Leiche des Kindes in einer vernagelten Kiste gefunden.

Krotoschin

× Wieder eine Unterschlagung. Bei einer Revision der Warenexpedition in Zdunny stellte sich heraus, daß der Kassierer Królak 3226 Złoty veruntreut hatte. Królak wurde ins Gefängnis nach Krotoschin gebracht. Nachträgliche Prüfungen ergaben, daß Królak bereits seit dem Jahre 1927 größere Summen unterschlagen hat, deren Gesamtsumme über 40 000 Złoty beträgt.

Kolmar

to. 23. März. Der Männer-Turnverein 1861 hielt am 21. d. Mts seine Monatsversammlung ab, welche wie immer recht zahlreich besucht war und in welcher über die Feier des siebzigjährigen Stiftungsfestes im Herbst dieses Jahres verhandelt wurde.

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 69 — Mittwoch, den 25. März 1931

Zur Aufwertung von Darlehnsforderungen

Wirkung einer Zahlung in Inflationsgeld

Während der Inflationszeit haben viele Schuldner die günstige Gelegenheit wahrgenommen, mit entwertetem Gelde ihre Schuldsummen zurückzuzahlen. Wenn auch solche Zahlungen, in Gold umgerechnet, nur einen winzigen Bruchteil der ursprünglich geschuldeten Summen ergaben, so steht die Aufwertungsverordnung doch grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Forderung, die in entwertetem Gelde nominell getilgt war, auch weiterhin als erloschen gelten muß, so daß der Gläubiger also weiter keine Ansprüche mehr geltend machen kann. Die Rechtsprechung ist in der Anerkennung dieses Grundsatzes aus Gründen der Verkehrssicherheit sogar noch erheblich weiter gegangen. Zunächst ist der Zahlung die Tilgung einer Forderung durch Aufrechnung, Novation, Verzicht u. s. w. gleichgestellt worden, dann aber hat das Oberste Gericht in ständiger Rechtsprechung dargetan, daß in solchen Fällen, wo der Gläubiger nach der Annahme der Rückzahlung keine Aufwertungsansprüche im Sinne der Aufwertungsverordnung stellen kann, auch im Umwege über das bürgerliche Recht eine weitere Zahlung wegen ungerechtfertigter Bereicherung vom Schuldner nicht gefordert werden kann (vgl. Entscheid. vom 9. März 1926 Rw. 1939/25 und vom 23. Dez. 1925 C 123/25), obgleich natürlich oft der Gläubiger wirtschaftlich geschädigt und der Schuldner dadurch ungerechtfertigt bereichert sein wird.

Beim Vorliegen einer wichtigen Einschränkung aber kann dennoch eine Aufwertung verlangt werden. Es handelt sich darum, daß der Gläubiger bei der Entgegennahme der Zahlung sich eine spätere Aufwertung in irgendeiner Form vorbehalten hat. Dieser Vorbehalt wird von der Rechtsprechung in weitestem Sinne gefaßt und stellt so gewissermaßen einen Ausgleich zu den eben angeführten strengen und für den Gläubiger nachteiligen Grundsätzen dar. Aus der Erklärung des Gläubigers bei Entgegennahme der Zahlung muß sich irgendwie ergeben, daß er die Zahlung nicht als endgültige angesehen hat, allerdings sieht das Oberste Gericht das Vorliegen einer bloßen Unzufriedenheit nicht als wirksamen Vorbehalt, der eine Aufwertung begründen konnte, an. (Vgl. Havlitzky, die Rechtsprechung zum polnischen Aufwertungsrecht und die dort angeführten Entscheidungen). Der Vorbehalt muß zu seiner Wirksamkeit zur Kenntnis des Schuldners gelangen, wobei allerdings die Erklärung an einen Vertreter, etwa den Bevollmächtigten zur Zahlung, genügend ist.

Der Vorbehalt kann bei der Entgegennahme der Zahlung erklärt werden, was regelmäßig der Fall sein wird, aber auch vor der Zahlung und nach der Zahlung. In diesen letzten beiden Punkten ist allerdings die Rechtsprechung nicht ganz einheitlich, und es wird dabei auf die besonderen Umstände eines jeden einzelnen Falles ankommen. (Vgl. die Entscheidung des Obersten Gerichts vom 25. September 1925, C 136/25 und vom 27. Sept. 1926 Rw. 1529/26.) Eines Vorbehalts bedürfte es (wie Zoll-Helczyński, S. 242 ausführt) nicht, wenn die Zahlung unaufgewertet erst nach dem Inkrafttreten der Aufwertungsverordnung erfolgte. Die vom Schuldner geleistete Zahlung geht trotz späterer Aufwertung nicht verloren; sie wird nach dem Zahlungstage an Hand der in § 2 der Aufwertungsverordnung aufgestellten Skala umgerechnet und auf den aufgewerteten Betrag angerechnet.

Wie die vorbehaltlos angenommene Zahlung wird von der Aufwertungsverordnung auch die Hinterlegung behandelt. Doch gelten hier wichtige Besonderheiten. Meist wird eine Hinterlegung ja deshalb erfolgt sein, weil der Gläubiger sich geweigert hat, die Zahlung in entwertetem Gelde anzunehmen, und daher bedürfte es im Falle der Hinterlegung keinesfalls eines Vorbehalts. Als Tilgung ist im Sinne des § 40, Abs. 1 Satz 2 Aufwertungsverordnung eine Hinterlegung aber nur dann anzusehen, wenn der angebotene Betrag zur Zeit der Hinterlegung seinen inneren Wert noch annähernd der von der Aufwertungsverordnung vorgesehenen Höhe entsprach, der Schuldner also freiwillig den geschuldeten Betrag aufgewertet hatte (vgl. Havlitzky und die dort angeführten Entscheidungen). In allen anderen Fällen wird trotz Hinterlegung aufgewertet, auch da, wo der Schuldner einen gesetzlichen Grund zur Hinterlegung hatte. Ist auf Grund der Rückzahlung in entwertetem Gelde eine Löschung der dinglichen Sicherung der Forderung, bei Hypotheken durch Löschung im Grundbuch erfolgt, so kann diese Sicherung nicht wieder hergestellt werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit bestimmt die Aufwertungsverordnung in § 40 Abs. 2 und § 38, daß solche Sicherungen auch weiterhin als erloschen gelten, doch wird die Forderung als einfache nicht gesicherte Forderung aufgewertet. Wenn es sich um ein Darlehn handelt, kommen dann nicht die Vorschriften der §§ 5 und 6 der Aufwertungsverordnung zur Anwendung, sondern der § 11.

Noch einmal: Wirt und Mieter

Höchstgerichtliche Entscheidungen

Mietrückstände und Exmissionsklage

Werden mehrmonatige (im konkreten Fall 6monatige) Mietrückstände erst nach Einreichung der Klage gegen den Mieter auf gerichtliche Kündigung bezahlt, so rechtfertigt diese Zahlung nicht den Antrag, diese Kündigung aufzuheben.

(III. 1 Rw. 1244/29.)

Das Oberste Gericht hat außerdem früher schon einmal den Standpunkt eingenommen, daß die Bezahlung der Miete durch den Mieter erst nach Einreichung der Exmissionsklage nur aus wirklich wichtigen Gründen die Abweisung der Klage rechtfertigt.

(I. C. 587/29.)

Zur Einstellung der Exmission

Die (zeitweilige) Einstellung des Exmissionsverfahrens kommt nicht in Frage, wenn die Rückstände an Miete aus der Zeit stammen, wo der Mieter noch Arbeit hatte

(III. 1. Rw. 704/29.)

Kündigungsrecht

Der Umstand, daß die Wohnung des Hausbesitzers feucht und unhygienisch ist und so die Gefahr besteht, daß sich sein schlechter Gesundheitszustand noch weiter verschlimmert, kann ein wichtiger Kündigungsgrund (im Sinne Art. 11 Mieterschutzgesetz) sein.

(III. 1. Rw. 1200/29.)

Ein solcher Kündigungsgrund liegt aber nicht vor, wenn jemand ein Haus kauft, um dadurch, daß er einem Mieter kündigt, für sich eine entsprechende Wohnung zu bekommen.

(III. Rw. 1620/27.)

Miete und Gerichtsurteil

Ein Gerichtsurteil betr. Mietzins für einen bestimmten Zeitraum, in dessen Begründung festgestellt wird, daß das (fragliche) Lokal nicht dem Mieterschutzgesetz unterliegt, schafft nicht die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache — die Klage sei abzuweisen, da sie bereits rechtskräftig entschieden ist — in einem Streit derselben Parteien um die Festsetzung der Höhe des Mietzinses und der Exmission, da für die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache außer der Uebereinstimmung der Personen und der Grundlagen für die Klage auch der Streitgegenstand derselbe sein muß, wie das Oberste Gericht schon früher einmal ausgeführt hat. (Ob. Ger. I. C. 723/30.)

Einspruch gegen Kündigung

Ein schriftlicher Einspruch, der nicht die in der Kündigung angeführten Tatbestände — die (angeblich) einen wichtigen Kündigungsgrund im Sinne des Mieterschutzgesetzes darstellen — anzweifelt, kann nicht als Einwendung im Sinne der Zivilprozeßordnung angesehen werden. (Ob. Ger. III. 1 R. 168/30.)

Miete muß entgegengenommen werden

Die Entgegennahme einer teilweisen Bezahlung des rückständigen Mietzinses, durch welche die Mietrückstände kleiner als eine Mietsrate würden, abzulehnen, ist nicht gerechtfertigt.

Das Angebot einer Zahlung des rückständigen Mietzinses muß nicht genau nach den Bestimmungen des Zivilrechts erfolgen, da der Art. 11 (Absatz 2, Buchstabe a) des Mieterschutzgesetzes eine Sondervorschrift (lex specialis) darstellt, die den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften gegenüber vorgeht. (Oberstes Gericht I. C. 377/30.)

Wirt und Untermieter

Wenn ein (Haupt-)Mieter auszieht, kann der Hausbesitzer eine Exmissionsklage gegen die in der Wohnung verbleibenden Untermieter anstrengen, ohne den (Haupt-)Mieter zur Verhandlung zu laden. (Ob. Ger. I. C. 820/30.)

Rechtsspiegel

Gesetzentwurf zur Beschränkung von Mieterexmissionen!

Die Regierung wird in den nächsten Tagen dem Sejm ein Gesetzentwurf vorlegen zur Novellisierung des Mieterschutzgesetzes. Danach sollen dem Mieterschutzgesetz nicht mehr Gebäude unterliegen, die vor dem 1. April 1924 von fremden Staaten zur Unterbringung ihrer diplomatischen Vertretungen erworben wurden. Ferner werden Exmissionen wegen rückständiger Miete nicht mehr in den Wintermonaten, d. h. vom 1. November bis zum 1. März, durchgeführt werden können. Bei Berücksichtigung der Lage des Mieters wird das Gericht diesen Termin auch noch über die Wintermonate hinaus verlängern können.

Sorgfaltspflicht des Arztes!

Der Beklagte, ein Facharzt der Chirurgie, operierte den Kläger am Schultergelenk. Er legte in die Wunde zwecks Eiterabfluß zwei Gummiröhrchen und wechselte regelmäßig den Verband. Bei einem Verbandswechsel fand der Beklagte in der Wunde nur ein Röhrchen. Er suchte mit Instrumenten nach dem zweiten, das er eingelegt hatte, in der Wunde, drückte diese auch aus. Als das Röhrchen nicht zum Vorschein kam, äußerte er dem Kläger seine Ueberzeugung, daß sich nichts mehr in der Wunde befinde, und das Röhrchen aus dem Verbande herausgerutscht sein müsse. Der Kläger wurde mit seiner Einwilligung von einem Assistenzarzt weiter behandelt, dem der Beklagte von dem Vorfall keine Mitteilung machte. Später wurde das fehlende Gummiröhrchen in der Wunde noch vorgefunden. Der Kläger erhebt deshalb Schadensersatzansprüche. Das Landgericht bejahte den Anspruch dem Grunde nach. Berufung und Revision des Beklagten blieben erfolglos. Dem Beklagten seien nach Annahme des Berufungsgerichts 2 Irrtümer unterlaufen. Es habe sich erwiesen, daß das Röhrchen aus dem Verbande nicht herausgerutscht sei, wie er vermutete, und er habe das Röhrchen in der Wunde nicht festgestellt, weil es hinter einer Biegung des Wundkanals gesessen hätte. Daß er in beiden Richtungen nicht die Möglichkeit eines Irrtums in Betracht gezogen habe, werde ihm ohne Ueberspannung der Sorghaltspflicht des Arztes als Verschulden beigemessen. Ein gewissenhafter Arzt, der im Laufe seiner Praxis wiederholt Gelegenheit habe, Fehlerquellen bei menschlichen Feststellungen rückwirkend zu erkennen, mußte sich sagen, daß das Herausrutschen des Röhrchens aus dem Verband und sein unbemerktes Verschwinden aus der Umgebung des Klägers eine Kette von Zufälligkeiten erforderte, die im allgemeinen nicht wahrscheinlich ist. Die in dieser Richtung gegebene Möglichkeit sei nur eine entfernte gewesen. Eine weit größere Wahrscheinlichkeit habe dafür gesprochen, daß das Röhrchen noch in der Wunde verborgen lag. War es bei der Untersuchung mit Instrumenten nicht zu finden, so hätte der Beklagte das für solche Fälle gegebene Untersuchungsmittel brauchen und die Wunde durchleuchten müssen.

(Urteil des Reichsgerichts vom 20. Juni 1930 in D. J. Z. 1931 S. 87.)

Die Stempelgebühr bei Steuerreklamationen

Feststellung der strittigen Summe

1. Bei der Feststellung, wie viel die „strittige Summe“ beträgt, von deren Höhe (s. Art. 147 Stempelsteuergesetz) die Höhe bzw. die Forderung einer Stempelgebühr von Eingaben, in denen der Antragsteller eine Abänderung der Entscheidung betr. einer öffentlichen Abgabe fordert, hat weder die Summe des außergewöhnlichen 10prozentigen Zuschlages noch die der Kommunal- (Selbstverwaltungs)-Zuschläge etwas zu sagen — falls die Eingabe weder einen Antrag betr. dieses außergewöhnlichen 10prozentigen noch des Kommunalzuschlages enthält, oder einen Antrag auf Ermäßigung dieser Zuschläge auf die Summe enthält, die sich ganz von selbst auf Grund der vom Antragsteller geforderten Ermäßigung der eigentlichen staatlichen Abgabe ergibt.

Falls der Antragsteller jedoch behauptet, daß der außergewöhnliche 10prozentige oder Kommunalzuschlag überhaupt nicht erhoben werden darf, oder daß er in einem, von dem tatsächlich angewandten, niedrigeren Maße zu berechnen wäre, wird diese Summe des außergewöhnlichen 10prozentigen bzw. des Kommunalzuschlages bei der Feststellung der „strittigen Summe“ mitberücksichtigt.

2. Falls der Steuerzahler nicht die Aufhebung der gesamten Veranlagung fordert, sondern diese zu einem Teile anerkennt und nur ihre Reduzierung auf eine Summe, die er für richtig hält, fordert, ist als „strittige Summe“ der Unterschied zwischen der veranlagten Summe und der, die der Steuerzahler anerkennt, zu verstehen. Falls der Steuerzahler z. B. auf 150 Zloty veranlagt wurde und er eine Reduzierung auf 80 Zloty verlangt, beträgt die „strittige Summe“ 70 Zloty.

3. Der unter 2. angegebene Grundsatz ist nur dann anzuwenden, wenn der Steuerzahler in seiner Angabe ausdrücklich (zahlenmäßig) die Summe angibt, auf die seiner Meinung nach die Veranlagung zu reduzieren sei. Beruht jedoch der Antrag des Petenten lediglich auf der Forderung einer „Ermäßigung“ der Einschätzung zu einer öffentlichen Abgabe, so ist als „strittige Summe“ die ganze veranlagte Summe anzusehen und dies selbst dann, wenn der Steuerzahler die Grundlagen, auf denen die Einschätzung hätte erfolgen müssen, genau angibt.

4. Falls die Eingabe sich nicht nur die „Aenderung der Entscheidung betr. öffentlicher Abgabe“ verlangt, sondern auch noch andere Anträge enthält, können die Bestimmungen über Erleichterungen — wie sie der Art. 147 Stempelsteuergesetz enthält — nur dann angewandt werden, wenn diese Anträge Prozeßhandlungen betreffen, die das Material zur Begründung des Antrags auf „Aenderung der Entscheidung betr. öffentlicher Abgabe“ liefern sollen. Ein derartiger Antrag ist z. B. der, die Abgabe mündlicher Erklärungen vor der Berufungskommission zu ermöglichen, um die in der Berufung erhobenen Einwände zu begründen. (Art. 90 Gesetz staatl. Gewerbesteuer, Art. 68, vorletzter Absatz Gesetz staatliche Einkommensteuer.)

Wenn jedoch der Zusatzantrag nicht die „Aenderung der Entscheidung betr. öffentlicher Abgabe“ betrifft, sondern etwas anderes bezweckt, so ist zwecks Entscheidung über die Frage der Forderung und Höhe der Stempelgebühr von der Eingabe auch der Inhalt des Zusatzantrages zu berücksichtigen, wobei der erste Absatz des Art. 148 Stempelsteuergesetz Anwendung findet. So unterliegt z. B. die Berufung, die eine strittige Summe unter 100 Zloty betrifft, und gleichzeitig den Antrag auf Stundung der Zahlung dieser öffentlichen Abgabe enthält (sei es auch nur bis zur Entscheidung der Berufung) einer Gebühr in Höhe von 3 Zloty (vorgesehen in Art. 145 Stempelsteuergesetz) und je 50 gr von den Anlagen, die zur Begründung des Antrages auf Stundung vorgelegt wurden.

(L. D. V. 9903/6 vom 27. Dezember 1930.)

Stempelsteuer für den Verkauf eines Gebäudes auf gepachtetem Grund und Boden

Im vorliegenden Falle verkaufte A. dem B. ein Gebäude, das auf einem Grundstück erbaut war, dessen Eigentümer nicht A. war, sondern das er auf Grund eines Pachtvertrages von C. gepachtet hatte. Von diesem Kaufvertrage wurde eine Stempelsteuer von 4 Prozent erhoben (Art. 52, Punkt 1 und Art. 58, Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes).

In der Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht gegen die Entscheidung der Izba Skarbowa, die den angeführten Satz aufrechterhielt, berief sich der Kläger darauf, daß die Steuer nach dem Satze von 1 Prozent Anwendung finden müsse, der im Art. 66 vorgesehen ist, da als unbewegliche Sache (nieruchomość) ein Gebäude nur dann angesehen werden kann im Sinne des Gesetzes, wenn es mit dem Grund und Boden verkauft wird. Gleichzeitig führte der Kläger eine privatrechtliche Vorschrift des in dem betreffenden Teilgebiete geltenden Privatrechts an, wonach es sich im vorliegenden Falle um den Verkauf einer beweglichen Sache handle. Das Oberste Gericht wies die Klage ab. In den Urteilsgründen führte es aus, daß der Art. 12 des Stempelsteuergesetzes ausdrücklich feststellt, daß die Vorschriften dieses Gesetzes über Immobilien sich auf Grundstücke beziehen, ebenso auf Gegenstände, die mit dem Grund und Boden verbunden sind, wobei das Eigentumsverhältnis des Veräußerers zu dem Grund und Boden ganz außer Betracht bleibt. Wenn der Kläger sich auf eine privatrechtliche Vorschrift hinsichtlich des Begriffs bewegliche oder unbewegliche Sache beruft, so ist nach der Ansicht des Obersten Verwaltungsgerichts dies nicht möglich angesichts der genauen Vorschrift des Art. 12 des Stempelsteuergesetzes, der selbständig die Gegenstände definiert, die als Immobilien anzusehen sind. Das Zivilrecht kann hier daher keine Anwendung finden, wenn es im Widerspruch mit dem Stempelsteuergesetz steht. Die obige Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts stimmt mit der Auslegung überein, die das Finanzministerium dem Art. 12 des Stempelsteuergesetzes gegeben hat in dem Rundschreiben L. D. V 705/6/31.

(Entscheid des N. T. A. vom 13. November 1930, L. Rej. 1784/28.)

Steuer-Rundschau

Verzugsstrafen bei der Festsetzung der Einkommensteuer

Das Oberste Verwaltungsgericht hat ausgeführt daß Verzugszinsen wegen verspäteter Zahlung der Einkommensteuer des vergangenen Jahres vom Bilanzreingewinn, als der Grundlage der Einkommensteuerfestsetzung, abgezogen werden können. Nach dem Einkommensteuergesetz können unmittelbare Staats- und Kommunalsteuern sowie andere öffentlich rechtliche Leistungen mit Ausnahme einiger erschöpfend aufgezählten Abgaben, darunter auch die Einkommensteuer, vom allgemeinen Einkommen abgezogen werden. Verzugsstrafen aber, ohne Rücksicht darauf, von welcher Steuer sie erhoben werden, sind als selbständige Leistungen anzusehen und sind nicht mit der Hauptleistung derart verbunden, daß sie auch deren rechtliches Schicksal teilen. Daher sind Verzugszinsen einer fälligen Einkommensteuer vom allgemeinen Einkommen des Steuerzahlers abzuziehen, auch wenn die Einkommensteuer selbst nicht abgezogen werden kann.

(N. T. A. L. Rej. 2397/28.)

10prozentiger Zuschlag zu Steuern und Stempelabgaben

Im Dziennik Ustaw Nr. 16, Pos. 82 wurde das Gesetz v. 12. Febr. 1930 über einen 10prozentigen Zuschlag zu einzelnen Steuern und Stempelabgaben veröffentlicht. An dem bisherigen Zustand sind durch dieses Gesetz einige Aenderungen eingetreten. Anders wie es bisher der Fall war, wurde der 10prozentige Zuschlag nicht im Wege der Einfügung einer entsprechenden Vorschrift in das Steuergesetz geschaffen, sondern auf Grund eines besonderen Gesetzes. Daraus folgt, daß diese neuen Vorschriften auch über den Geltungsbereich des Steuergesetzes hinaus gültig bleiben werden. Die zweite Aenderung auf Grund des neuen Gesetzes betrifft die Ausdehnung der 10prozentigen Steuer auf die Einkommensteuer bei Diensteinkommen. Sie wird nicht merklich fühlbar werden, da, wie die durchgeführten Berechnungen zeigen, der neue Zuschlag bei einer Durchschnittspension eines Beamten einige Groschen bis zu einigen Zloty beträgt, andrerseits ist diese Ausdehnung dadurch gerechtfertigt, daß der reelle Wert der Zahlungen — dank der allgemeinen Preissenkung — ziemlich gewachsen ist im Vergleich zum Jahre 1925. Hinzuzufügen wäre noch, daß im Falle einer größeren Herabsetzung der Dienstgehälter von Staatsbeamten der 10prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer von Diensteinkommen aufgehoben wird.

Zwangsverkauf von Waren unterliegt der Umsatzsteuer

Der Kläger stand in der Klage- wie in der Berufungsinstanz auf dem Standpunkt, daß der Verkauf von Waren, den die Gerichtsvollzieher zur Deckung von Wechselforderungen, die nicht aus Handelsgeschäften, sondern aus Gefälligkeitsgiro entstanden waren, vornahmen, nicht der Umsatzsteuer unterliege. Diese Ansicht ist nach der Beurteilung des obersten Verwaltungsgerichts irrtümlich. Nach Art. 5 Abs. 1 des Gewerbegesetzes wird als Umsatz, der der Steuer bei Handelsunternehmen unterliegt, die Bruttoeinnahme für Waren angesehen, die gegen bar oder auf Kredit verkauft werden. Da das Gesetz unter den Begriff des Umsatzes jeden Verkauf von Waren in einem Handelsunternehmen zieht, besteht kein Grund zur Annahme, daß Warenverkäufe, die vom Gerichtsvollzieher zur Deckung von Wechselverbindlichkeiten des Inhabers des Unternehmens vorgenommen werden, der Umsatzsteuer nicht unterliegen. Die Zwangsverkäufe, die von den Vollzugsbeamten vorgenommen werden, finden auf Rechnung des Handelsunternehmensinhabers statt, und der Umstand, daß kraft Gesetzes der Wille des Geschäftsinhabers durch ein Gerichtsorgan vertreten wird, nimmt einen solchen Verkauf nicht den Charakter eines Verkaufs des Geschäftsinhabers selbst. Deshalb unterliegt der aus einem Zwangsverkauf erzielte Erlös der Umsatzsteuer im Sinne von Art. 5 Abs. 1 des angeführten Gesetzes. Ob die Ansprüche, zu deren Deckung die Zwangsverkäufe vorgenommen wurden, aus Handelsgeschäften entstanden sind oder nicht, ist für die Beurteilung des vorliegenden Falles ohne Bedeutung. Denn für die Umsatzsteuer ist es gleichgültig, zu welchem Zwecke, die aus einem Warenverkauf erzielten Summen verwendet werden. Aus diesen Gründen konnte das Oberste Gericht dem Klageantrag des Klägers nicht stattgeben, außerdem sah es in dem Vorgehen der Steuerbehörde keine Verlegung der Vorschriften der Art. 75 u. 89 des Gewerbesteuergesetzes. Die Klage wurde deshalb abgewiesen.

(Entscheid. des N. T. A. L. Rej. 1678/28).

Wirtschaftsfrieden für Europa

Genf und Wien

Durch das Scheitern der Dritten Zollfriedenskonferenz in Genf ist die Menschheit wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Grosse Erwartungen konnte man nach der Entwicklung der Zoll- und Handelspolitik während der letzten Zeit an diese Konferenz allerdings von vornherein nicht knüpfen. Dass aber das Ergebnis der Tagung, um mit den Worten des Präsidenten Colijn zu sprechen, nur in der Ausstellung des Totenscheines für das allgemeine Handelsabkommen bestand, enttäuschte auch die geringen Erwartungen. Der Hauptwiderstand ging zuletzt von England aus. Vergegenwärtigt man sich die Hintergründe für das Verhalten Englands, das Land mit dem traditionellen Freihandel, so wird die ganze Problematik der heutigen Zoll- und Handelspolitik deutlich.

Als man nach der Kriegs- und Inflationsära, die den internationalen Handel aufs stärkste beeinträchtigt und zum Teil unmöglich gemacht hatte, an den allgemeinen Wiederaufbau ging, da erhielt auch die These des Freihandels oder des möglich ungehinderten Warenaustausches wieder höheren Kurswert. Der allgemeine Warenhunger war hierfür nicht ohne Bedeutung. Als dann aber Warenmangel durch Ueberfluss abgelöst wurde und als die industriell besser ausgerüsteten Länder in ständig steigendem Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschienen, zum Teil hierzu durch die Reparationsverpflichtungen (wie an erster Stelle Deutschland) gezwungen, da sperrte man die Grenzen durch Zollmauern immer mehr ab. Die infolge des Kriegs grossgezüchteten Industrien sollten unter allen Umständen erhalten werden. Es galt, „die nationale Produktion zu retten". Der Gedanke einer gesünderen internationalen Arbeitsteilung wurde damit mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Die immer stärker werdenden Gegensätze zwischen Industrie- und Agrarländern erhöhten die Schwierigkeiten ganz wesentlich. Landwirtschaftliche Uebererzeugung mit sinkenden Preisen auf der einen und ständige Verteuerung der industriellen Erzeugnisse, durch eine falsche Lohn- und Sozialpolitik wesentlich begünstigt, auf der anderen Seite: Die bekannte Preisschere! Länder, in denen Landwirtschaft und Industrie eine wichtige Rolle spielen, hatten den Kampf auch innerhalb der nationalen Grenzen auszufechten. Hier griff die politisch-parlamentarische Gruppierung in schärfster Weise ein; nicht immer zugunsten der Gesamtinteressen. Die Spannungen zwischen den einzelnen Ländern wurden ständig verschärft. Fast alle tragen daran Schuld, die einen mehr, die anderen etwas weniger. Gewiss war die Bewegung zum Teil zwangsläufig und vielfach durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen.

Neue Gruppierungen

In Europa bilden sich verschiedene Ländergruppen. Unter Führung von Holland taten sich u. a. Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien und Luxemburg zusammen. Dieser Gruppe, die den Grundsatz der Meistbegünstigung verteidigte, traten die Agrarländer im Südosteuropa, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Südslawien gegenüber. Hier wurde der Gedanke des Präferenzzolles in den Vordergrund geschoben. Andere Länder erhöhten fleissig ihre Zölle oder drohten damit. Der Freihandel kam immer mehr in Misskredit, so dass selbst England sich vor sehr schwere Entscheidungen gestellt sieht: Uebergang zum Schutzzoll oder nicht. Sogar John Maynard Keynes hat in der letzten Zeit ähnlich wie Sir Josiah Stamp mit aller Deutlichkeit auf die hohe Karte hingewiesen, die die englische Regierung in Gestalt eines Finanzzolltarifs in der Hand hat, die gewiss ausgespielt werde, wenn es notwendig sei. Hat auch die englische Arbeiterpartei bisher überwiegend den Grundsatz des Freihandels vertreten und ist sie zum Teil hierdurch zur Macht gekommen, so kann doch ein Haushaltdefizit hier sehr schnell eine Wendung von weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Bedeutung herbeiführen. Es kommen neben allen anderen wirtschaftlichen Tatsachen und politischen Tendenzen der Wunsch und der auch schon unternommene Versuch hinzu, mit Hilfe von Zöllen den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, auch wenn das Gelingen dieses Experiments alles andere als sicher ist. Ein drastisches Beispiel für die Undurchführbarkeit hat ja Australien geliefert. Der Hinweis auf die notwendige Erhaltung des Lebensstandards und damit auch der Löhne und sonstiger Unkostenfaktoren zieht auch in denjenigen Kreisen, die sonst nicht für Zölle sind.

Die Welle der Unkostensenkung kann vor keinem Land haltmachen. Selbst in den Ver. Staaten ist die sogenannte Kaufkrafttheorie durch die harte Praxis erschüttert worden. Länder, die schon an sich auf niedrigeren Selbstkosten stehen, sehen bei der allgemeinen Wirtschaftskrise ebenfalls keine andere Rettung mehr als weiterer tatkräftiger Abbau der Unkosten. Die Propaganda, dieser Welle neue Zollmauern entgegenzusetzen, wird sicher allgemein gern gehört. Man kann auch parlamentarisch sehr leicht den Weg für die Aufrichtung von Zollmauern oder für Erhöhung der bestehenden auf diese Weise vorbereiten. Der Hinweis, dass alle Welt das Instrument der Zollerhöhung ziemlich leicht handhabt, macht sicher Eindruck. Ein Keil treibt den andern. Nimmt man hinzu, dass selbst Aussenhandelsmonopole neu eingeführt werden, wie z. B. in Persien, dass noch Einfuhrverbote erlassen werden, wie z. B. in Brasilien gegen die Maschineneinfuhr, so ist es erklärlich, dass der Freihandelsgedanke eine ernste Krise durchmacht. Auf lange Sicht gesehen sicher nicht zum Nutzen der nationalen Wirtschaften und auch nicht der Weltwirtschaft; denn auch die übertriebene Zollpolitik muss sich eines Tages totlaufen, kann sogar mit einem Chaos enden.

Die Wiener Verständigung

Seit sich Oesterreich durch die Erklärungen des jetzigen Aussenministers und damaligen Bundeskanzlers Schober auf der Genfer Europakonferenz im September 1930 an die Spitze der mittel- und südosteuropäischen Staaten gestellt hat, die den handelspolitischen Aufbau Europas „von unten", durch regionale Verträge, anstreben, ist das Thema der Vorzugszölle zu einem Hauptthema der aussenpolitischen Diskussion geworden. Vorher waren ja schon grundsätzliche Vereinbarungen in dieser Richtung zwischen Rumänien und Jugoslawien geschlossen worden, und alsbald zeigte sich auch Ungarn bereit, mit Oesterreich über gegenseitige Vorzugszölle einzutreten. So kam Südosteuropa handelspolitisch in Bewegung, und es ist nur selbstverständlich, dass man die Annäherungsmöglichkeiten, die sich aus solchen handelspolitischen Tendenzen ergaben, auch allgemein-politisch zu deuten und auszuwerten versuchte. Ebenso selbstverständlich, dass im Mittelpunkt aller dieser Ueberlegungen die Anschlussfrage stand, da die Gegner des Anschlusses von einer engeren handelspolitischen Bindung Oesterreichs an die Nachfolgestaaten eine Entfremdung zwischen Deutschland und Oesterreich erwarteten. Man hat dies auch offen ausgesprochen, so, um nur ein Beispiel zu nennen, in einer Sitzung des ungarischen Mitteleuropa-Instituts Professor A. Navratil, der ausführte: „Ein Handelsvertrag auf Grund des Präferenzsystems scheint heute auch aus politischen Gründen realisierbar, da jene Mächte, die nach dem Kriege das Schicksal der kleinen Länder Europas zu bestimemn haben, eine solche Aktion gern sehen werden, die Oesterreich vom Anschlussgedanken zu entfernen vermag . . ."

*

Indessen gingen solche Ueberlegungen von einer falschen Grundlage aus. Denn ihrer Verwirklichung stand die starke politische Solidarität Deutschlands und Oesterreichs entgegen, die allein schon ein stärkeres Bindemittel ist als rein wirtschaftliche Vorteile, auch wenn sie zeitweise von den Regierungen nicht so gepflegt worden ist, wie das zwischen den beiden deutschen Staaten natürlich wäre. Dazu aber kam noch die unbestreitbare Tatsache, dass überdies die weitaus grössten handelspolitischen Interessen Oesterreichs eben in Deutschland liegen, das in der österreichischen Ein- und Ausfuhr seit einer Reihe von Jahren an erster Stelle steht. Der Ausspruch Schobers: „Keine Kombination ohne Deutschland, jede mit Deutschland" war daher nicht nur eine nationale, sondern auch eine handels- und wirtschaftspolitische Selbstverständlichkeit.

Die im September in Genf proklamierte handelspolitische Aktivität Oesterreichs musste also mit einer Verständigung mit Deutschland beginnen, die wohl noch rascher hätte zustande kommen können, wenn nicht inzwischen in Oesterreich die Regierung Vaugoin vorübergehend ans Ruder gekommen wäre, die den Projekten Schobers zumindest kühl gegenüberstand. Erst nachdem Schober wieder Aussenminister geworden war, gingen die Verhandlungen weiter und wurden Anfang März zwischen Schober und Curtius in Wien erfolgreich abgeschlossen. Das Ergebnis selbst ist im einzelnen noch nicht veröffentlicht. Bekannt ist nur, dass es einen entscheidenden Schritt zu einer später zu erreichenden Zollunion zwischen Oesterreich und Deutschland darstellt und eine vorzugsweise Behandlung der deutschen Waren in Oesterreich und der österreichischen Waren in Deutschland vorsieht.

Das Projekt der österreichisch-deutschen Zollunion, das auf diese Weise in greifbare Nähe gerückt wird, ist natürlich vor allem ein deutsches und ein österreichisches Problem. Der Handelsverkehr zwischen Oesterreich und Deutschland ist auch bisher schon sehr lebhaft gewesen, wenngleich sich bei dem Abschluss handelspolitischer Vereinbarungen — der neue Handelsvertrag ist am 2. Februar 1931 in Kraft getreten — immer wieder ausserordentliche Schwierigkeiten ergeben haben, die in dem Meistbegünstigungssystem begründet sind. Denn Oesterreich wie Deutschland mussten damit rechnen, dass Zugeständnisse, die sie sich bei Handelsvertragsverhandlungen gegenseitig machten, stets auch sämtlichen anderen interessierten Staaten zugute kamen, was meistens überaus unerwünscht war. Fällt diese Hemmung weg, dann werden im österreichisch-deutschen Handelsverkehr kräftige Zollermässigungen möglich sein, die zum beiderseitigen Vorteil zu einer starken Erhöhung des Güteraustausches führen werden. Ueber die jetzt schon sehr starke Verflechtung der beiden Volkswirtschaften geben folgende Zahlen der Handelsstatistik Aufschluss:

	Deutsche Einfuhr: aus Oesterreich	Deutsche Ausfuhr: nach Oesterreich
	in Millionen Mark	
1927	211	366
1928	232	425
1929	202	441
1930 (Krisenjahr)	192	350

Die Wiener Abmachungen werden es ermöglichen, diese Ziffern sehr beträchtlich zu erhöhen, wobei die Zunahme der gegenseitigen Ausfuhr beider Staaten durchaus nicht nur auf Kosten der Produktion des Partners erfolgen wird, so etwa, dass eine vermehrte Einfuhr von Lederwaren aus Oesterreich die deutsche Lederproduktion schädigt, sondern zum grossen Teil auf Kosten dritter, z. B. der Tschechoslowakei, die sodann in Deutschland mit ihren Lederwaren weniger konkurrenzfähig sein wird als Oesterreich. Dieses Beispiel zeigt, dass gewisse Besorgnisse, die vor allem in der österreichischen Wirtschaft verbreitet sind, die Tatsachen stark übertreiben. Gewiss können in einzelnen Produktionszweigen der österreichischen Wirtschaft Uebergangsschwierigkeiten entstehen, die aber im Vergleich zu den Vorteilen für die gesamte österreichische Wirtschaft wenig bedeuten. Ueberdies wird bei der Betrachtung dieser Fragen das Tempo des Zollabbaues eine grosse Rolle spielen. Für die deutsche Wirtschaft andererseits können selbst durch die vollständige Niederlegung der österreichisch-deutschen Zollgrenzen keine nennenswerten Erschütterungen befürchtet werden, denn die industrielle Produktion Oesterreichs dürfte der Menge und dem Wert nach kaum mehr als 5—6 Prozent der deutschen betragen. Auch für Deutschland stehen minimalen Uebergangsschwierigkeiten riesige Vorteile gegenüber.

Deutschland ist ein „Volk ohne Raum". Durch das Zollbündnis mit Oesterreich würde es sein wirtschaftliches Gebiet um 83 904 qkm, d. h. um ein Sechstel seiner heutigen Fläche, vergrössern. Deutsch-Oesterreich ist ein dünn bevölkertes Land. Trotz der 2-Millionenstadt Wien entfallen auf 1 qkm nur 78 Einwohner gegen fast doppelt soviel im Deutschen Reiche. Bei [illegible]iner Intensivierung seiner Wirtschaft könnte [illegible]ich bedeutend grössere Menschenmengen auf [illegible] Territorium ansiedeln als bisher. Damit er[illegible] sich für die nicht unterzubringenden deutschen Arbeitskräfte ausserordentlich günstige Aussichten.

Neben diesen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten ist Oesterreich wie kein anderer Staat dazu berufen, der Vermittler des deutschen Handels nach dem Südosten zu sein. Rein wirtschaftlich betrachtet, könnte Oesterreich die dem deutschen Volke durch den Weltkrieg verloren gegangene Erzbasis Elsass-Lothringen ersetzen; denn das lothringische Erz findet einen vollwertigen Konkurrenten an dem steirischen. In dieser Beziehung ist übrigens durch das Eisenerz-Koksabkommen der Alpinen Montan-Gesellschaft mit den Vereinigten Stahlwerken vorgearbeitet worden. Auch das österreichische Baumwollgarn hat bewiesen, dass es als Ersatz für das elsässische allen Ansprüchen genügt. Daneben gewinnt das österreichische Holz in der deutschen Wirtschaft eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung, und auch die Möglichkeit, Milchprodukte in Oesterreich billiger einzudecken als in anderen Ländern, darf nicht unterschätzt werden. Endlich ist nicht ausser acht zu lassen, dass bei der zunehmenden Versorgung Deutschlands mit österreichischer „weisser Kohle" (elektrische Energie) die deutsche Stein- und Braunkohle in noch grösserem Umfange als bisher für den Export frei wird.

Dass auch für die nicht direkt beteiligten Staaten Mittel- und Osteuropas die Wiener Verständigung von weitgehender Bedeutung ist, braucht nicht erst betont zu werden. Vor allem wird der Osten und Südosten künftig bei allen handelspolitischen Schritten und Wendungen das Vorhandensein eines nicht zu umgehenden Blockes in der Mitte in Rechnung ziehen müssen, und da gerade Deutschland und Oesterreich für die Agrarausfuhr Osteuropas die nächstliegenden und wichtigsten Abnehmer sind, kann jetzt schon vorausgesagt werden, dass das Wiener Ereignis eine ganze Reihe von Umgruppierungen, Annäherungen und Verschiebungen nach sich ziehen wird. Hierin liegt aber gleichzeitig seine weitere Bedeutung: es ist der erste wirklich positive Schritt auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Befriedung Europas, der schon durch sich selbst richtunggebend sein dürfte. In dem Gegensatz Genf-Wien spiegeln sich die zwei Strömungen der europäischen Wirtschaftspolitik. Bedeutet Genf das umständliche fruchtlose Herumgerede um an sich erfreuliche Ideen, deren Verwirklichung an der „Macht der Verhältnisse" scheitert, so zeigt Wien den Weg, auf dem allein die Befriedung zu erreichen ist: die Verständigung zweier Nachbarn unter sachlicher Abwägung der beiderseitigen Interessen. Gerade auf diesen Punkt sollte auch Polen mehr als bisher sein Augenmerk richten und in Wien einen Wegweiser für die eigene Handelspolitik erkennen. Dieser auf Deutschland zeigende Wegweiser erscheint noch beachtlicher, wenn man in Rechnung zieht, dass Polen mit Oesterreich enge Beziehungen verbinden, die während des Zollkrieges mit Deutschland nicht nur fortbestanden, sondern — gerade infolge des Zollkrieges — noch intensiver ausgebaut wurden. Unsinnig erscheint es, wenn die polnische Presse in der Wiener Verständigung eine gegen Polen gerichtete Front sehen will; das Gegenteil ist der Fall. Allerdings muss Polen sich entschliessen, aus dieser Verständigung die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. Diese ist: möglichst enge Annäherung, wenn nicht direkter Anschluss an den neugebildeten Block.

Deutsch-polnischer Handelsvertrag und polnische Ausfuhr

WS. Die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages im Sejm hat naturgemäss in ganz Polen eine lebhafte Debatte darüber hervorgerufen, welche Aussichten sich dem polnischen Export beim Inkrafttreten des Handelsvertrages bieten würden. In diesem Zusammenhang stellt die halbamtliche Agentur „Press" fest, dass trotz bedeutender Schwierigkeiten der Vertrag gewisse Möglichkeiten für den polnischen Export nach Deutschland bietet. Vor allen Dingen würden nach Aufhebung des deutschen Einfuhrverbotes sich auf dem deutschen Markt günstige Absatzbedingungen für polnischen Flachs bieten. Hinsichtlich der Getreideausfuhr wären die Exportaussichten minimal, bei Fortfall des Kampfzolles könne man lediglich auf einen Absatz von Futtergerste rechnen.

Die Ausfuhr polnischer Butter nach Deutschland wird nur im Rahmen eines Kontingentes erfolgen können. Hingegen könne nicht mit dem Absatz von Pflanzenöl und Zucker gerechnet werden. Ebenso würde das Polen zuerkannte Kontingent von anfänglich 200 000, dann 280 000 und 350 000 Stück Schweinen nicht ausgenutzt werden können. Für Bohnen erhalte Polen einen Konventionalzoll, der günstig auf die polnische Ausfuhr einwirken würde. Denn selbst bei dem gegenwärtigen bedeutenden Zoll zuungunsten Polens käme etwa ein Drittel der deutschen Einfuhr aus Polen. Günstig würde sich ausserdem der Export von Sämereien, vor allem Klee und von Geflügel entwickeln.

Die Aussichten für den Export von Sägewerksmaterialien sind im allgemeinen günstig. Im Jahre 1930 habe der Export Polens nach Deutschland an Schnittholz einen Wert von annähernd 40 Millionen Mark gehabt. Trotz der augenblicklichen Baukrisis in Deutschland, sowie der sehr empfindlichen Konkurrenz des Sowjetholzes bieten sich — wie die Agentur „Press" feststellt — dem polnischen Holzabsatz in Deutschalnd doch grosse Möglichkeiten. Der Vertrag würde die Aufhebung des Einfuhrverbots für zahlreiche Kategorien bearbeiteten polnischen Holzes nach Deutschland mit sich bringen.

Das Polen zuerkannte monatliche Einfuhrkontingent von 320 000 t Kohle müsste vollständig ausgenutzt werden können mit Rücksicht auf die niedrigen Transportkosten nach dem Osten Deutschlands, wo teilweise sogar englische Kohle verkauft wird. Den deutschen Naphthamarkt beherrschten vorwiegend die Sowjets, trotzdem könne Polen auf die Eroberung des deutschen Paraffinmarktes rechnen.

Die Gestaltung der Handelsbilanz zwischen Polen und Deutschland nach Inkrafttreten des Wirtschaftsabkommens wird nicht nur von den handelspolitischen Anordnungen beider Seiten abhängen, sondern auch von der Aktivität der Wirtschaftsexpansion beider Staaten.

Die Getreidepreisspanne zwischen Deutschland und Polen

D.P.W. Zwischen den deutschen und den polnischen Getreidepreisen besteht eine wesentliche Spanne, was u. a. aus nachstehenden Ziffern hervorgeht:

	Posen	Berlin
	in Złoty	
Weizen	25,82	62,12
Roggen	20,73	38,59
Gerste	24,50	47,28
Hafer	18,87½	33,54

Aber auch die verschiedenen polnischen Getreidemärkte weisen untereinander gewisse, wenn auch kleinere Preisunterschiede auf; die einzelnen Getreidebörsen notierten am 15. März 1931 folgende Preise:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	27,37½	20,22	23,50	21,20
Krakau	28,35	21,00	27,50	25,87½
Posen	25,82	20,73	24,50	18,87½
Lemberg	24.67	17,45	—,—	22.58
Lublin	25,85	18,30	22,20	18.75

Die Preise verstehen sich in Złoty für 100 kg.

Ausfuhrzoll für Schweine

Seit der Sperrung der tschechoslowakischen Grenze hat die Schweineausfuhr Polens in immer stärkerem Masse den österreichischen Markt überschwemmt, so dass, wie wir bereits berichteten, die von Oesterreich zugestandenen Einfuhrkontingente dauernd überschritten wurden. Zwar hat Polen in Uebereinkunft mit Oesterreich seinerseits eine Kontingentierung der Ausfuhr nach Wien vorgenommen, doch sind besonders in der letzten Zeit sehr zahlreiche Transporte ausserhalb der Kontingente nach Oesterreich gegangen. Einer energischen Forderung Oesterreichs nachgebend, hat Polen daher mit Wirkung vom 26. März d. J. ab einen Ausfuhrzoll für Schweine, die ohne Genehmigung des Handelsministeriums ausgeführt werden, festgesetzt. Dieser beträgt für lebende und geschlachtete Schweine 60 zł pro Stück, für Schweinehälften 30 zł pro Stück, für Schweinefleisch (frisches, Salz-, Räucher- und Gefrierfleisch) in unverarbeitetem Zustande 100 zł pro 100 kg. Mit diesen sehr hohen Sätzen wird selbstverständlich eine vollkommene Unterbindung der freien Ausfuhr bezweckt und erreicht. Schweine, Schweinehälften und Schweinefleischwaren, die im Rahmen der Kontingente mit Genehmigung des Handelsministers ausgeführt werden, unterliegen diesen Sätzen nicht, sondern sind nach wie vor gänzlich zollfrei. Zollfrei sind auch Zuchtschweine, die von den Züchtern mit Genehmigung des Landwirtschaftsministers ausgeführt werden.

Noch keine Aenderungen im Warentarif

WS. Der staatliche Eisenbahnrat hat — wie bereits berichtet — einen Beschluss gefasst, während der Dauer der Wirtschaftskrisis bei der Anwendung des Warentarifes weitgehende Erleichterungen zu gewähren und dafür eine Erhöhung der Gebühr für Personengepäck und Eisenbahnbilletts einzuführen. Dieser Beschluss wurde von der Presse in der Form gebracht, als ob diese Anordnungen bereits in den nächsten Tagen Gültigkeit erlangen würden. Wie von massgebenden Regierungsstellen mitgeteilt wird, ist der obige Beschluss des Eisenbahnrates Gegenstand eingehender Untersuchungen, und der positive Standpunkt des Verkehrsministers in dieser Frage stehe durchaus noch nicht fest. Es muss festgestellt werden, dass der staatliche Eisenbahnrat nur ein begutachtendes Organ beim Verkehrsministerium ist.

Märkte

Produktenbericht. Berlin, 23. März. Weizen am Lieferungsmarkte ruhiger, Roggen stetig. Bei nicht ganz einheitlicher Preisgestaltung bot die Produktenbörse am Wochenbeginn ein ziemlich stetiges Aussehen. Das Inlandsangebot von Brotgetreide und Hafer war weiter gering, da die Landwirtschaft bei den gegenwärtigen Witterungsverhältnissen die Feldarbeit aufnimmt. Bei einiger Nachfrage der Mühlen und Reporteure wurden für Weizen und Roggen Sonnabendpreise glatt bewilligt.

Am Lieferungsmarkte waren die Märzsichten für beide Brotgetreidearten leicht befestigt, während Weizen in den späteren Sichten bis 2.25 Mark niedriger eröffnete, und auch Juliroggen nicht voll behauptet blieb. Wie verschiedentlich verlautete, gehen die Auswinterungen, soweit sich bisher übersehen lässt, nicht über das normale Mass hinaus. Die Unsicherheit bezüglich neuer agrarpolitischer Massnahmen gab anscheinend zu Positionslösungen im Lieferungsgeschäft Anlaß. Weizen- und Roggenmehle werden bei unveränderten Mühlenofferten nur für den notwendigen Bedarf gekauft. Hafer und Gerste liegen bei mässigem Angebot und ruhigem Geschäft stetig.

Kartoffelnotiz. Berlin, 23. März. Speisekartoffeln: Weisse 1.20—1.40, rote und Odenwälder blaue 1.30—1.50, gelbfleischige 1.80—2.10 Mark. Fabrikkartoffeln 8 Pfg. pro Stärkeprozent. Grösser fallende Sortierung über Notiz.

Posener Viehmarkt.

Posen, 24. März 1931.

Auftrieb: Rinder 1095, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2850, Kälber 860, Schafe 192, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 4997.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:	
Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	98—104
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	84—92
c) ältere	70—80
d) mäßig genährte	60—64
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	92—100
b) Mastbullen	80—90
c) gut genährte, ältere	66—74
d) mäßig genährte	52—60
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	94—100
b) Mastkühe	82—90
c) gut genährte	56—60
d) mäßig genährte	40—50
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	96—102
b) Mastfärsen	84—92
c) gut genährte	66—76
d) mäßig genährte	56—62
Jungvieh:	
a) gut genährtes	58—62
b) mäßig genährtes	46—52
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	124—130
b) Mastkälber	110—120
c) gut genährte	90—100
d) mäßig genährte	80—84
Schafe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	130—152
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	—
c) gut genährte	106—116
d) alte Mutterschafe	—
Mastschweine:	
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	116—120
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	110—114
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	104—108
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	90—96
e) Sauen und späte Kastrate	96—106
f) Bacon-Schweine	104—108

Marktverlauf: sehr ruhig.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte.

Getreide. Posen, 24. März. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 215 to	21.30
Roggen 15 to	21.10

Richtpreise:

Weizen	24.00—24.50
Mahlgerste	21.00—22.00
Braugerste	24.00—25.00
utterhafer	20.25—21.25
Einheitshafer, zur Saat geeignet	23.00—24.00
Roggenmehl (65 %)	30.50—31.50
Weizenmehl (65%)	37.25—40.25
Weizenkleie	16.25—17.25
Weizenkleie (dick)	17.25—18.25
Roggenkleie	16.00—17.00
Rübsamen	38.00—40.00
Senf	42.00—47.00
Sommerwicke	35.00—38.00
Peluschken	40.00—44.00
Viktoriaerbsen	24.00—28.00
Seradella	80.00—87.00
Blaulupinen	20.00—22.00
Gelblupinen	31.00—35.00
Klee, rot	270.00—340.00
Klee, weiss	320.00—440.00
Klee, schwedisch	220.00—250.00
Klee, gelb, ohne Schalen	130.00—150.00
Klee, gelb, in Schalen	58.00—65.00
Timothyklee	90.00—105.00
Raygras	90.00—110.00
Buchweizen	24.00—27.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 75 to, Weizen 60 to, Gerste 110 to, Hafer 15 to.

Getreide. Warschau, 23. März. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau, festgesetzt: Roggen 22—22.50, Weizen 27—28, Einheitshafer 25—26, Sammelhafer 23 bis 24, Grützgerste 23—24, Weizenluxusmehl 52—62, Weizenmehl 4/0 45—52, Roggenmehl nach Vorschrift 36—37, mittlere Weizenkleie 18—19, Roggenkleie 16.50 bis 17, Leinkuchen 32—33, Rapskuchen 19.50—20.50, Feld-Speiseerbsen 25—28, Viktoriaerbsen 30—32, Rotklee 290—360, Weissklee 270—400, Saatwicke 31—35, Seradella, doppelt gereinigt 71—73, Saatpeluschken 37 bis 39, Blaulupinen 21.50—22.50, gelbe Saatlupinen 35 bis 38. Grössere Umsätze bei behaupteter Tendenz.

Danzig, 23. März. Letzte amtliche Notierung für 100 kg. Weizen, 130 Pfd. 15.60—15.75, Weizen, 128 Pfd. 15.50, Roggen 12.75, Braugerste 14.50—16.25, Futtergerste 13.50—14.25, Hafer 12.75—13.50, Roggenkleie 11—11.25, grobe Weizenkleie 11.50. **Zufuhr nach Danzig** in Waggons: Weizen 3, Roggen 6, Gerste 14, Hülsenfrüchte 5, Kleie und Oelkuchen 8, Saaten 4.

Vieh und Fleisch. Warschau, 23. März. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.15—1.40 zł. Aufgetrieben wurden 1488 Stück, Rest des Vormarktes 201 Stück. Tenzend: unklar.

Zucker. Magdeburg, 23. März. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack): März 6.70 Brief, 6.60 Geld, April 6.70 bzw. 6.65, Mai 6.80 bzw. 6.75, August 7.20 bzw. 7.15, Oktober 7.35 bzw. 7.30, November 7.45 bzw. 7.40, Dezember 7.60 bzw. 7.55. Tendenz: ruhig.

Warschauer Börse

Warschau, 23. März. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.924—8.923, Goldrubel 4.7475, Tscherwonetz 0.57 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.67, Berlin 212.66, Budapest 155.60, Bukarest 5.31, Danzig 173.42, Helsingfors 22.46, Spanien 95.00, Kairo 44.47, Kopenhagen 238.72, Oslo 238.78, Prag 26.44, Riga 171.78, Sofia 6.47, Stockholm 238.96, Tallinn 237.48, Montreal 8.915.

Fest verzinsliche Werte

	23. 3.	21. 3.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	49.10	49.25
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	75.50
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	104.25	104.00
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	94.00	94 50
7% Stabilisierungsanleihe	84 00	84.00

Industrieaktien

	23. 3	21. 3.		23. 3.	21. 3.
Bank Polski	135.75	133 50	Węgiel	—	—
Bank Dyskont	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i W	—	108.00	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	21.00	20.50
Puls	—	—	Modrzejów	7.00	7.08
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	11.87	11.07	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F.Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	90.00	—	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	

Tendenz: freundlicher.

Amtliche Devisenkurse

	23. 3 Geld	23. 3. Brief	21. 3 Geld	21. 3 Brief
Amsterdam	356.87	358.67	356.88	358.68
Danzig	—	—	172.97	173.83
Berlin*)	—	—	212.40	213.00
Brüssel	123.94	124.56	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.2550	43.47	43.26	43.47
New York (Scheck)	8.895	8.935	8.897	8.937
Paris	34.83	35.01	34.83	35.01
Prag	—	—	26.38	26.51
Rom	46.64	46.88	46.65	46.89
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.09	125.71	125.17	125.79
Zürich	171.34	172.20	171.30	172.16

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: schwächer.

Danziger Börse.

Danzig, 23. März. Reichsmarknoten 122.63, Dollarnoten 5.15, Złotynoten 57.65½, Scheck London 25.00.

Am Devisenmarkt notierten Reichsmarknoten 122.51 bis 122.75, Dollarnoten 5.14.18—15.52, Złotynoten 57.60 bis 71, Auszahlung Warschau 57.59—70.

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %	24. 3.	23. 3.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł.)	48.75G	48.75G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	—	90.00 +
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	—	37.50G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	85.00 +	85.00 +
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	16.25G	16.00G
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos.Pr.-Obl. m. p.Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	93.00G	93.00G
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien

	24. 3.	23. 3.		24. 3.	23. 3.
Bank Polski	—	133.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H.Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Viktor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk.Ziemian	—	—	Dr.Roman May	24.25G	24.50B
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Tri	—	—
Cegielski H.	—	—	Unja	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Centr. Skór	—	—	Płótno	—	—
Goplana	—	—	P. Sp.Drzewna	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 24. März. (R.) Im Anschluss an die schwächeren Auslandsbörsen (auch London meldete heute rückgängige Kurse) lag die Eröffnung des Verkehrs sehr ruhig und überwiegend 1—2 Prozent rückgängig. Die Provinz realisierte etwas im Hinblick auf den Ultimo, und die Kulisse übte auf die Steuerauseinandersetzungen im Reichstage und sonstige überwiegend ungünstige Momente Zurückhaltung. Bergmann zogen auf eine Bestens-oder 4 Prozent an. Schubert und Salzer und Berliner Handelsgesellschaft notierten heute exkl. Dividende. Geld leichter, Tagesgeld 3—5 Prozent. Reichsschuldbuchforderungen wieder bis ¼ Prozent fester. Im Verlaufe weiter abbröckelnd.

Industrieaktien

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	24. 3	23. 3.		24. 3.	23. 3.
Accumulator	128.00	—	Laurahütte	—	—
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenburg	—	80.00	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	89.00	88.00	Nordd. Wolle	67.50	67.75
Berger. Tiefb.	259.00	260.00	Pöge.Eltr.-W.	—	—
Dt. Kabelw.	—	—	Riedel	—	—
Dt. Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenhd.	43.55	43.50	Sarotti	—	—
Feldmühle	123.50	121.50	Schl.Bgb.u.Zk.	36.00	—
Körting, Gebr.	31.50	35.00	Schl. Textil	—	—
Hohenlohe	—	—	Schub. u. Salz.	161.00	172.75
Humboldt	—	—	Stolb. Zink	—	—
Lahmeyer	126.25	—			

Tendenz: schwächer.

Terminpapiere

	24. 3.	23. 3.		24. 3.	23. 3.
Dt. R.-Bahn	93.00	92.75	Ges. f. e. Unt.	125.00	125.75
A.G.f.Verkehr	62.25	61.75	Goldschmidt	—	—
Hamb. Amer.	69.50	70.00	Hbg. Elkt.-W.	—	—
Hamb. Südam.	125.50	—	Harpen. Bgw.	71.50	70.50
Hansa	96.50	—	Hoesch	70.37	70.50
Nordd. Lloyd	71.62	71.75	Holzmann	—	91.37
Al.Dt.Kr.Ants.	96.00	96.25	Ilse Bergbau	—	184.00
Barmer Bank	105.00	104.50	Kali Asch.	151.00	150.50
Berl. Hls.-Ges.	125.25	131.00	Klöcknerw.	70.50	67.50
Com.u.Pr. Bk.	112.50	112.50	Köln-Neuess.	76.50	77.50
Darmst. Bank	144.00	142.50	Mannesmann	77.25	77.00
Deutsch. Bank	109.50	109.12	Mansf. Bergb.	37.50	—
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	—
Dresdner Bank	109.50	109.25	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch .K.Bk	—	—	Obschl.Eis.-Bd	—	39.50
Reichsbk.,Neue	163.00	—	Obsch. Koksw.	76.75	77.00
Schulth. Patz.	166.00	164.75	Orenst.u.Kop.	55.00	—
A. E. G.	105.62	105.75	Ostwerke	—	—
Bergmann	107.25	98.00	Phönix Bgbau	58 75	58.50
Berl.Masch.-F.	54 25	—	Rh. Braunkoh.	185.50	186.25
Buderus	—	—	Rh. Elktr.-W.	—	—
Cop. Hisp Am.	—	—	Rh. Stahlw.	80.50	79.50
Charl. Wasser	88.50	87.00	Riebeck	—	—
Conti Cautch.	116.00	—	Rütgerswerke	53.50	47.25
Daimler-Benz	31.37	30.75	Salzdetfurth	231.00	228.00
Dessauer Gas	134.50	133.75	Schl. Elek.-W.	130.37	130.25
Dt. Erdöl-Ges.	69.50	70.25	Schuck. u. Co.	130.25	129 75
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u.Halske	175.50	175.25
Dynam. Nobel	70.12	—	Tietz, Leonh.	—	118.50
El. Lief.-Ges.	128.00	126.50	Transradio	—	—
El. Licht u.Kr.	121.62	121.37	Ver.Glanzstoff	—	—
Essen. Steink.	—	—	Ver. Stahlw.	55.50	55.00
I. G. Farben	143.75	142.75	Westeregeln	—	157.50
Felten u.Guill.	89.50	89.50	Zellst. Waldh.	97.50	97.00
Gelsenk. Bgw.	82.25	81.50	Otavi	32.37	32.87

	24. 3	23. 3.
Ablös.-Schuld	57.87	58.37
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	6.25	6.40

Amtliche Devisenkurse

	23. 3. Geld	23. 3. Brief	21. 3. Geld	21. 3. Brief
Buenos Aires	1.456	1.460	1.456	1.460
Bukarest	2.492	2.496	2.494	2.494
Canada	4.188	4.196	4.190	4.198
Japan	2.070	2.074	2.071	2.075
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.363	20.403	20.371	20.411
New York	4.1910	4.1990	4.1920	4.2000
Rio de Janeiro	0.327	0.329	0.324	0.326
Uruguay	3.057	3.063	3.077	3.083
Amsterdam	168.02	168.36	168.02	168.36
Athen	5.435	5.445	5.432	5.442
Brüssel	58.345	58.465	58.355	58.475
Danzig	81.465	81.625	81.465	81.625
Helsingfors	10.547	10.567	10.55	10.57
Italien	21.96	22.00	21.965	22.005
Jugoslavien	7.363	7.377	7.363	7.377
Kopenhagen	112.12	112.34	112.13	112.35
Lissabon	18.82	18.86	18.82	18.86
Oslo	112.14	112.36	112.15	112.37
Paris	16.399	16.439	16.399	16.439
Prag	12.423	12.443	12.426	12.446
Schweiz	80.64	80.80	80.655	80.815
Sofia	3.038	3.044	3.038	3.044
Spanien	44.86	44.94	44.66	44.74
Stockholm	112.23	112.45	112.24	112.46
Tallinn	111.60	111.82	111.67	111.89
Budapest	73.07	73.21	73.10	73.24
Wien	58.94	59.06	58.945	59.065
Kairo	20.89	20.93	20.892	20.932
Reykjawik 100 Kronen	91.99	92.17	92.00	92.18
Riga	80.67	80.83	80.71	80.87
Kaunas (Kowno)	41.85	41.93	41.84	41.92
Warschau	—	—	—	—

Ostdevisen. Berlin, 23. März. Auszahlung Posen 46.925—47.10, Auszahlung Warschau 46.925—47.125, Auszahlung Kattowitz 46.925—47.10; grosse polnische Noten 46.70—47.10.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen ohne Gewähr.

Rawitsch

□ **Welage.** Der Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins hatte seine Mitglieder für Sonntag nachmittag zu einer Versammlung eingeladen. Den recht zahlreich Erschienenen konnte auch diesmal mit einem gediegenen Vortrag gedient werden. Es sprach nämlich der Güterdirektor Branzka-Krzyżanki über das die Landwirtschaft besonders interessierende Thema „Futterbau und Milchviehfütterung". Der Redner hob hervor, daß sich die Qualität und Quantität der Milch nach dem Futter richtet. Da die einzelnen Futterpflanzen verschiedene Futterwerte besitzen, so ist eine Auslese unter den Futterpflanzen zu treffen. Beispiele aus der Praxis beweisen seine Angaben. Selbstverständlich wird auch eine sachgemäße Fütterung der Milchkühe verlangt. Vorbedingung für rentable Milchwirtschaft ist, daß minderwertige Rinderarten ausgemerzt und bessere Rassen eingeführt werden. Der Vorsitzende, Herr Knappe, dankte Herrn Branzka für seine interessanten Ausführungen und brachte dann verschiedene interne Fragen zur Sprache. Unter anderem wies er auf den Obstbaukursus hin, der am 14. April von 1—6 Uhr nachmittags abgehalten wird und als Wiederholungskursus gedacht ist. Eine rege Beteiligung an dem Kursus ist schon sichergestellt, doch werden Neuanmeldungen noch entgegengenommen. Von der Kulturabteilung der Welage wurde ein Angebot zum versuchsweisen Anbau verschiedener Maissorten (Samenmais und Silomais) gemacht. Ackerbürger Schachschal wird diesbezügliche Versuche ausführen und zur gegebenen Zeit über das Ergebnis berichten.

Lissa

k. **Unvorsichtiger Chauffeur.** Montag vormittag wollte ein Chauffeur am hiesigen Schloßplatz sein Auto wenden und fuhr dabei mit voller Gewalt an die vor dem staatlichen Gymnasium stehende Gaslaterne. Die Gaslaterne wurde vollständig zertrümmert. Der Schaden, für den der Chauffeur aufkommen muß, beträgt annähernd 200 Złoty.

k. **Am gestrigen Wochenmarkt** wurden folgende Preise gefordert: Butter 2—2,20, Weißkäse 0,35, die Mandel Eier 1,60—1,80, Rosenkohl 0,60, Grünkohl 0,55—0,65, Wruken 0,15, rote Rüben 0,10, Mohrrüben 0,15—0,25, Zwiebeln 0,25, Weißkohl 0,35, Wirsingkohl 0,35, Rotkohl 0,30—0,45, Spinat 0,65, Radieschen 0,25 das Bündel, Salat 0,25—0,35. Am Geflügelmarkt zahlte man für ein Huhn 2—4,50; für ein Paar Tauben 1,60—2,40. Die Anfuhr war reichlich; der Absatz zufriedenstellend.

k. **Achtung, Hausbesitzer!** Der Magistrat gibt bekannt, daß, nachdem das Gesetz betr. Numerierung der Wohnungen in Kraft gesetzt ist, eine Kontrolle der einzelnen Häuser vorgenommen werden wird, um festzustellen, ob auch alle Hausbesitzer den Vorschriften des Gesetzes Genüge geleistet haben.

k. **Sportliches.** Am vergangenen Sonntag standen sich die beiden Ortsrivalen „Sokół" und „Polonia" in einem äußerst scharfen Spiel im Rahmen der Meisterschaftsspiele der A-Klasse gegenüber. Resultat 3:0 (1:0) zugunsten Sokóls.

22. Staatliche Klassenlotterie

5. Klasse — 12. Ziehungstag

(Ohne Gewähr)

Vormittag:

Hauptgewinne:

10 000 Złoty — Nr. 2864;

3000 Złoty — Nr. 11 267, 155 657, 204 707;

2000 Złoty — Nr. 23 781, 29 836, 44 105, 71 054, 92 886, 129 843, 143 994, 194 170;

1000 Złoty — Nr. 5136, 10 428, 13 892, 16 607, 18 348, 53 339, 57 007, 60 965, 66 959, 67 998, 85 153, 150 410, 153 456, 173 962, 175 542, 186 356, 188 546, 192 906;

500 Złoty — Nr. 2529, 4453, 7668, 12 652, 13 502, 15 203; 15 414, 17 262, 24 263, 24 352, 25 764, 35 854, 35 304, 35 497, 35 583, 35 983, 37 716, 38 603, 40 262, 41 834, 42 774, 47 606, 49 654, 50 223, 51 697, 52 477, 53 639, 66 474, 71 047, 71 129, 73 226, 73 557, 78 927, 80 989, 90 051, 90 052, 97 164, 99 556, 112 056, 112 858, 113 794, 120 511, 120 921, 121 324, 126 773, 128 104, 132 245, 138 909, 139 148, 139 246, 139 848, 141 028, 144 966, 147 860, 150 072, 150 547, 151 561, 155 998, 161 055, 162 412, 163 129, 164 833, 166 560, 167 012, 173 885, 175 387, 176 638, 177 506, 179 378, 180 668, 181 298, 182 089, 182 826, 183 453, 193 732, 196 913, 203 520, 208 884;

Nachmittag:

5000 Złoty — Nr. 85 764, 192 591;

3000 Złoty — Nr. 45 751, 161 064, 207 198;

2000 Złoty — Nr. 24 435, 43 511, 116 531, 117 484, 137 860, 174 401, 194 326;

1000 Złoty — Nr. 16 865, 21 197, 23 575, 29 402, 35 544, 44 432, 71 277, 74 161, 78 375, 95 676, 97 890, 106 941, 143 100, 165 331, 177 183, 179 063, 180 809, 206 123;

500 Złoty — Nr. 917, 1428, 6267, 7896, 9667, 13 531, 16 858, 21 870, 22 406, 24 096, 24 409, 28 960, 32 772, 40 627, 41 191, 44 922, 49 998, 52 364, 54 038, 58 081, 61 689, 70 875, 71 832, 72 157, 75 212, 77 632, 81 813, 85 327, 85 505, 91 863, 95 803, 96 313, 96 710, 96 885, 101 141, 102 271, 103 632, 104 281, 108 058, 108 772, 109 352, 111 224, 113 559, 114 161, 115 697, 118 769, 119 484, 121 604, 124 207, 124 041, 128 683, 129 437, 138 689, 143 088, 146 339, 149 226, 158 337, 159 276, 160 730, 160 804, 161 570, 165 490, 168 009, 169 399, 170 041, 170 276, 172 245, 178 591, 180 815, 181 406, 181 768, 182 691, 183 244, 183 902, 188 533, 191 180, 192 857, 196 599, 196 674, 190 044, 197 313, 199 519, 202 322, 203 784, 208 504.

Posener Kalender

Der **Deutsche Naturwissenschaftliche Verein** läßt seine nächste Monatsversammlung am Donnerstag, dem 26. d. Mts., im Sitzungssaal des Raiffeisengebäudes stattfinden. Herr Dr. Toporski wird über „Neuere Forschungsergebnisse auf medizinischem, Herr Direktor Vogt über solche auf biologischem Gebiete berichten. Gäste sind wie stets willkommen.

Wandernot und Wanderhilfe.

Ueber dieses Thema spricht morgen, Mittwoch, nachmittag eine der führenden Persönlichkeiten in der deutschen Bahnhofsmission, Frau Theodora Reineck, im Rahmen der Jahresversammlung des Posener Vereins der Freundinnen junger Mädchen. Die Jahresversammlung beginnt mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken um ½5 Uhr im Heimatsaal des Christlichen Hospizes, 2. Stock. Alle Mitglieder und alle, die der Arbeit an jungen Mädchen nahestehen, werden herzlich dazu eingeladen. Im Verlauf des Nachmittags wird Frau Ruth Behrendt die große Freundlichkeit haben, einige Lieder vorzutragen.

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wielki.

Dienstag: „Die Teufelsmühle".
Mittwoch, nachm.: „Verbum Nobile i Flis".
Mittwoch, abends: „Lady Chic".
Donnerstag: „Das Veilchen von Montmartre".

Teatr Polski.

Dienstag: „Die Straße".
Mittwoch: „Die Straße".
Donnerstag „Die Straße".

Teatr Nowy:

Dienstag: „Menschen im Hotel".
Mittwoch: „Der Füllfederhalter".
Donnerstag: „Der Füllfederhalter".

Kinos:

Apollo: „Die jungen Adler". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Renaissance: „Der weiße Mandarin" und „Riff und Raff. (½5, 6, ½8, 9 Uhr.)
Colosseum: „Der geheimnisvolle Mord im Filmatelier." (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „An der Schwelle des Glücks". (5, 7, 9 Uhr.)
Odeon: „Die Wilde". — Marja Malicka. (5, 7, 9 Uhr.)
Renaissance: „Der Schrecken des Hafenviertels". (½5, 6, ½8, 9 Uhr.)
Słońce: „Ein reizendes Mädchen". Anny Ondra. (5, 7, 9 Uhr.)
Stylowe: „Die Ehefrauen streiken". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilson: „20 Jahre später". (Die eiserne Maske.) (5, 7, 9 Uhr.)

Wettervoraussage für Mittwoch, den 25. März

Noch etwas kühler, wechselnd bewölkt, schwache Luftbewegung.

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Dienstag, den 24. März

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 3 Grad. Nordwestwinde. Barometer 758. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 11, niedrigste + 3 Grad. Niederschläge 1 Millimeter.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 21.—28. März. Altstadt: Apteka Sapieżyńska, Plac Sapieżyński 1, Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności 13, Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek 70 Apteka Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. Jersitz: Apteka pod Gwiazdą, ul. Kraszewskiego 22. Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin Nr. 18, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 26. März

Posen. 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenmusik. 12: Zeitsignal. 12.35: Von Warschau: Konzert für die Schuljugend. 14: Pat-Berichte, Börsen- und Marktberichte. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 17.45: Solistenkonzert. 19: Viertelstunde Humor. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Solistenkonzert. 21.30: Von Warschau: Sendespiel.

Breslau-Gleiwitz. 9.05: Von Gleiwitz: Schulfunk: Ins Hasenwunderland. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.20: Kinderfunk. 15.45: Das Buch des Tages. 16: I. Klavierkonzert (Schallplatten.) 18.15: Im Städtischen Säuglingsheim Breslau. Sozial-hygienischer Hörbericht. 18.45: Stunde der Arbeit. 19.10: Von Gleiwitz: Oberschlesische Reise. 19.35: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Abendmusik der Funkkapelle. 20.30: Von Berlin: Ursendung: Der letzte Akt. 22.15: Zeit, Wetter, Sport, Programmänderungen. 22.40: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". 22.50—0.30: Alte und neue Tanzmusik der Funkkapelle.

Königswusterhausen. 10.10: Schulfunk. 12: Schallplattenkonzert: Das große Sinfonie-Orchester 14: Von Berlin: Schallplattenkonzert. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.35: Von Berlin: Konzert. 18.30: Hochschulfunk. 19.30: Stunde des Landwirts. 20.30: Uebertragungen von Berlin: „Der letzte Akt". (Hörspiel.) 22.15: Nachrichten. Anschließend bis 0.30: Tanzmusik.

das jüdische Empfangskomitee für die Vorbereitungen des Empfangs des Marschalls Pilsudski bei dem polnischen Generalkonsul in Jerusalem einen Besuch gemacht und darum gebeten, daß Marschall Pilsudski auch die jüdische Kolonie besichtigt. An den Huldigungen, die dem Marschall Pilsudski dargebracht werden sollen, werden auch jüdische Organisationen aus anderen Ländern teilnehmen.

Die größte Radiostation der Welt

Der „Kurjer Polski" meldet, daß die feierliche Eröffnung der Radiostation in Raszyn, die man als die größte der Welt (!) bezeichnet, in den ersten Tagen des April im Beisein des Staatspräsidenten erfolgen wird. Zu den Eröffnungsfeierlichkeiten soll auch der geniale Erfinder Marconi seine Ankunft angekündigt haben.

Aus der Republik Polen

Neue Ausreiseerschwernisse?

Auf einer Konferenz, die im Saale der Hygienischen Gesellschaft in Warschau stattfand und den polnischen Kurorten gewidmet war, hat der Direktor des Gesundheitsdepartements im Innenministerium, Dr. Piestrzyński, eine bedeutsame Erklärung abgegeben. Er stellte nämlich fest, daß sich die Regierung der ungünstigen Einwirkungen bewußt sei, die durch massenhafte Auslandsreisen hervorgerufen würden. Reisen zu Kurzwecken sollten jetzt einer stärkeren Kontrolle und stichhaltigeren Begründung unterliegen als bisher. Die Regierung werde die Mittel erwägen, um Mißbräuchen mit sogen. Touristen-Grenzkarten zu verhüten, mit deren Hilfe illoyale Bürger tief in Nachbarländer hineinreisen, ohne sich um Auslandspässe zu bemühen. Der Lemberger Universitätsdozent Dr. Sabatowski wies darauf hin, daß die Angelegenheit der Unterstützung der polnischen Kurorte nicht mehr ein Problem des nationalen Sentiments, sondern der völkischen und staatlichen Vernunft sei.

Großes Revirement im polnischen Außenministerium

Warschau, 24. März.

Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, werden mit dem 1. April d. J. folgende Konsuln an polnischen Auslandsvertretungen abberufen: Dr. Tadeusz Brzesiński, Konsul in Lille, Konsul Peter Kluczyński aus Lüttich, Vizekonsul Władysław Mielzyński, Konsulatsleiter in Marienwerder, Vizekonsul Kazimierz Grendyziński aus Schneidemühl und Vizekonsul Aleksander Jachimowicz aus Antwerpen. Die Warschauer Abendpresse hebt hervor, daß diese Veränderungen den Anfang eines großen Reinemachens bedeute. An Stelle der abberufenen Auslandsvertreter sollen Offiziere ernannt werden, was hauptsächlich auf Veranlassung des Vizeministers Beck erfolgen soll. Durch diese Veränderungen wird die Zahl der im jugendlichen Alter stehenden Staatspensionäre weiter vergrößert.

Die Bestimmungen der Novelle zum Antialkoholgesetz

(Von unserem ständigen Warschauer Korrespondenten.)

Bekanntlich hat der Sejm in seiner abgelaufenen Session eine Novelle zum Antialkoholgesetz beschlossen, durch die die Zahl der Schankstätten erheblich heraufgesetzt wird. Das Gesetz vom Jahre 1920 setzte etwa 1 Schankstelle für 2500 Einwohner, in der ganzen Republik also etwa 10 000 Kleinverkaufsschankstätten fest. Durch die Novelle des Ministers Starzyński wird diese Zahl auf 22 000 erhöht. Auch diese Zahl darf noch überschritten werden. Außerdem wird der Detailverkauf von Alkohol an 900 Eisenbahnbüfetts und im Speisewagen erlaubt.

Eine bedeutsame Neuerung ist ferner, daß entgegen den bisherigen Bestimmungen Alkohol auch an Sonnabenden, Sonntagen, Fastentagen, während der Wahlen, der Rekruteneinziehung usw. erlaubt ist, allerdings mit der Einschränkung, daß an Sonntagen zwischen 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags kein Alkohol ausgeschänkt werden darf und den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit gegeben ist, auch an anderen Tagen den Alkoholausschank zu verbieten.

Durch die Novelle wird ferner die bisherige Möglichkeit einer kreisweisen Abstimmung über völlige Schließung der Schankstätten in dem betreffenden Kreise völlig verhindert. Die bisher durchgeführten etwa 500 Abstimmungen werden für ungültig erklärt und es müssen in diesen Bezirken neue Abstimmungen vorgenommen werden, die zwar gemeindeweise möglich sind, aber durch die jetzigen Vorschriften sehr erschwert werden.

Von einiger Bedeutung ist schließlich der Art. 1 des neuen Gesetzes. Er gestattet die Produktion und den Verkauf von Alkohol mit mehr als 45 Prozent zu Heil-, Lehr-, häuslichen Zwecken und Ritualgetränken für Juden. Außerdem dürfen verschiedene Alkoholgetränke wie Rum und Arrak aus ungereinigtem Spiritus hergestellt werden. Gerade dieser Punkt dürfte Gegenstand vielfacher Ueberschreitung der Vorschriften sein.

Neue Ernennungen

Der Staatspräsident hat den Präsidenten des Teschener Bezirksgerichts, Lubomęski, zum Vizepräsidenten des Appellationsgerichts in Kattowitz, den Vizepräsidenten des Kattowitzer Appellationsgerichts, Zbrzostowski, zum Präsidenten des Bezirksgerichts in Teschen ernannt. Die Posener Bezirksrichter Janusz und Grabowski sind zu Richtern am Appellationsgericht in Posen ernannt worden. Der Vizepräsident am Bezirksgericht in Krakau, Michalowski, erhielt seine Ernennung zum Staatsanwalt desselben Gerichts, während der Vize-Staatsanwalt Grotowski vom Krakauer Bezirksgericht zum Staatsanwalt in Nowy Sącz ernannt wurde.

Entschließung von Hochschulprofessoren

Am Sonntag und Montag beriet in Warschau ein Kongreß von Hochschulprofessoren, die sich zum Sanierungslager bekennen. Nach der Diskussion, die den gehaltenen Referaten folgte, wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Professoren der akademischen Schulen, die auf dem Boden der Ideologie des Marschalls Pilsudski stehen, stellen die Notwendigkeit einer aktiven Zusammenarbeit fest, um die Erziehungsideale im Geiste der polnischen Staats- und Kulturnotwendigkeiten zu verwirklichen.

Der Meinungsaustausch und die Festlegung gemeinsamer Richtlinien wird um so notwendiger, als ein weitgezogener Umbau des Schulwesens und die nahe bevorstehende Reform der Verfassung eine Vereinbarung gewisser Vorschriften über die Verfassung der akademischen Schulen mit obigen Forderungen gebietet.

Die in Warschau versammelten Professoren beschließen, zum Herbst eine neue Tagung der Kollegen einzuberufen, die die angeführten Anschauungen teilen.

Zur Vorbereitung der nächsten Tagung wird eine ständige Delegation berufen, die sich zugleich mit der Koordinierung der Organisationsarbeit in den akademischen Zentren befassen wird, indem sie die Wahl der Organisationsform der Entscheidung der betreffenden Zentren selbst überläßt."

Die Aenderung der sozialen Gesetzgebung

(Von unserem ständigen Warschauer WS-Korrespondenten.)

WS. **Warschau**, 23. März.

Die Durchführung einer Aenderung der sozialen Gesetzgebung ist eine der dringendsten und berechtigsten Forderungen der Wirtschaftskreise des Landes. Bekanntlich wird auch an dem Projekt dieser Aenderung bereits seit längerer Zeit gearbeitet. Es geht in der Hauptsache darum, ein Gesetz zu schaffen, das ähnlich wie das Reichsversicherungsgesetz in Deutschland das gesamte soziale Versicherungswesen konzentriert und für alle Arten der Versicherung eine einzige Kasse einführt. Denn bisher hat noch jedes Teilgebiet seine eigene soziale Gesetzgebung, und eine Alters- und Invalidenversicherung gibt es nur in dem ehemals preußischen Teilgebiet.

Leider bringt man gerade in den der Regierung nahestehenden Kreisen nicht genügendes Verständnis für die Dringlichkeit dieses Problems auf. Zwar hat am 2. März d. Js. der Regierungsblock im Sejm einen Antrag eingebracht, die geplante Aenderung der sozialen Gesetzgebung sowie die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung für physische Arbeiter in der ganzen Republik als dringlich zu erklären. Der Antrag wurde auch mit den Stimmen des Regierungsblocks im Sejm angenommen. Leider folgte dieser nach außen hin berechneten Geste keine entsprechende Tat, denn bei der Behandlung der Aenderung der sozialen Gesetzgebung in der Kommission kurz vor Schluß der Sejmsession brachte wiederum der Regierungsblock einen Antrag ein, dieses Mal aber auf Verschiebung der Angelegenheit bis zur Budgetdebatte in nächsten Jahr. Ein Antrag der Opposition, die Behandlung dieser Angelegenheit nur auf vier Wochen zu verschieben, wurde mit den Stimmen des Regierungsblocks abgelehnt und die Frage bis zum nächsten Jahr aufgeschoben.

Besonders die Arbeiterschichten Kongreßpolens werden dem Regierungsblock dafür wenig dankbar sein. Aber auch die Wirtschaftskreise des ganzen Landes erwarten dringend eine Abänderung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände im sozialen Versicherungswesen. Es ist nur ein schwacher Trost, daß man endlich einen Plan für die Reorganisierung des Krankenkassenwesens ausgearbeitet hat. Bekanntlich sieht dieser Plan die Zusammenlegung zahlreicher Krankenkassen vor, so daß es in ganz Polen statt bisher 243 nur 50 Kassen geben wird. Die Arbeit an der Reorganisation der Krankenkassen soll im Juli beginnen und im September beendet werden.

Auch der bekannte Wirtschaftspolitiker Roger Battalia stellt im „Kurjer Polski" fest, daß die Realisierung einer Verminderung der sozialen Lasten, die von der Regierung grundsätzlich im Rahmen eines allgemeinen Programms für Herabsetzung des Budgetanteils der öffentlichen Lasten im sozialen Einnahmenwesen angenommen wurde, nicht in einem der Wirtschaftslage des Landes entsprechendem Tempo fortschreitet. Er stellt ferner fest, daß am dringendsten die Einstellung der Schaffung von Reserven in den Versicherungen aller Art und im Zusammenhang damit eine bedeutende Herabsetzung der Soziallasten für mindestens ein Jahr erforderlich wäre.

Nicht gestattet

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur hat die portugiesische Regierung die Ueberfliegung Angolas durch die polnischen Afrikaflieger nicht gestattet.

Ein deutscher Protest

Der „Gipfelpunkt der Heuchelei"

Die deutsche Regierung hat in Warschau wegen Mißbrauchs des polnischen Rundfunks zu unzulässiger Propaganda gegen Deutschland Beschwerde geführt.

Zu diesem Schritt der deutschen Regierung erlaubt sich der Krakauer „Ilustr. Kurj. Codz." folgendes zu bemerken: „Der Protest der deutschen Regierung ist der Gipfel der Heuchelei und wird zweifellos eine scharfe und kategorische Abfuhr der polnischen Stellen finden. Nach den Orgien der Propaganda gegen die Westgrenze Polens veranstaltete das polnische Radio eine Audition, die der Feststellung des polnischen Charakters der Gebiete gewidmet war, die nach den Teilungen Polens zu Preußen gehörten und jetzt zu Polen gehören. Die deutsche Regierung, die offenkundig und geheim die Propaganda gegen Polen unterstützt, hält es für angebracht, gegen die Auditionen des polnischen Radio zu reagieren, als ob die Propaganda für das Polentum polnischer Gebiete ein „Mißbrauch" wäre. Es sind uns Einzelheiten und die Motive der Beschwerde der deutschen Regierung noch nicht bekannt, jedenfalls verdient die Tatsache des Protestes höchste Entrüstung. Sollte die Audition der Posener Station, die dem Polentum von Schlesien, Posen und Pommerellen gewidmet war, etwas „Unzulässiges" für die deutsche Regierung sein? Wenn von Mißbräuchen die Rede sein kann, dann eher von deutscher Seite, wo sich offizielle und nichtoffizielle Stellen Mißbräuche in den weitesten Grenzen erlauben, wenn es sich nur um einen Angriff auf die Westländer Polens handelt."

Eine neue Quelle

Nach einer Meldung der „Iskra"-Agentur soll man am 19. März, also am Namenstage des Marschalls, in Druskienniki auf eine neue Solquelle in einer Tiefe von 283 Meter gestoßen sein.

Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage

Wie Frankreich am Kriege schuldig ist

Paris, 21. März.

Die bekannte Pariser Zeitschrift **„l'Europe Nouvelle"** veröffentlicht im Auftrage des Ministeriums des Auswärtigen Auszüge aus dem fünften Band der französischen Kriegsschulddokumente, der in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden soll. Der Auszug enthält die kurze Zeit vom 8. Februar bis 10. Mai 1912. Obwohl selbstverständlich von den französischen Bearbeitern des Aktenmaterials eine sorgfältige Zensur ausgeübt worden ist, enthalten diese neuen Dokumente geradezu sensationelle Enthüllungen über die diplomatische Tätigkeit des damaligen Ministerpräsidenten und Außenministers Poincaré, die offen auf eine Verhinderung einer Stabilisierung des Friedens gerichtet war, ja einer direkten Vorbereitung des Krieges galt.

Zum ersten Mal wird hier durch französische Dokumente einwandfrei nachgewiesen, daß **Poincaré** nicht nur einen Verteidigungskrieg, sondern einen **Angriff auf Deutschland unter Verletzung der belgischen Neutralität** durch einen Durchmarsch französischer Truppen durch Belgien in Richtung auf Aachen vorgesehen hat.

In einem Briefe Poincarés an den französischen Botschafter in London, Cambon, **vom 28. März 1912** heißt es wörtlich:

„Es kommt vor allem darauf an, daß England sich nicht verpflichtet, zwischen Frankreich und Deutschland neutral zu bleiben, selbst in der Annahme, daß der Angriff scheinbar von unserer Seite ausgeht. Um nur ein Beispiel anzuführen: könnte man uns von Rechts wegen die Verantwortlichkeit für einen Angriff zur Last legen, wenn eine Konzentration von deutschen Kräften in der Gegend von Aachen uns zwingen würde, unsere Nordgrenze zu decken, indem wir auf belgisches Gebiet vordringen?

Andererseits haben wir im Vertrauen auf die Loyalität Englands, und ohne daß irgendein schriftliches Abkommen die beiden Regierungen verpflichtet hätte, unsere Zustimmung erteilt, daß **unser Generalstab in geheime Verhandlungen mit dem englischen Generalstab eintritt** und die wichtigsten Grundzüge unserer strategischen Pläne in Einklang bringt."

Dieser Brief ist ein Vorstoß der französischen Regierung **gegen die deutsch-englischen Flottenverhandlungen** des Jahres 1912, bei denen bekanntlich als Vorbedingung für eine Beschränkung der Seerüstungen von der deutschen Regierung eine Neutralitätserklärung der englischen Regierung gefordert worden war. Mit allen Mitteln versuchte Poincaré ein Abkommen zu hintertreiben. In einem Briefe vom 3. April 1912 teilte Cambon dem Geschäftsträger in London mit, daß **Poincaré jede Aussicht auf eine Einigung,** die damals noch bestand, **„beseitigt zu sehen wünsche".** Er wurde darin bestärkt durch die Scharfmacherei des britischen Botschafters in Paris, Sir Francis Bertie, und des Unterstaatssekretärs Sir Arthur Nicolson, die sich nicht scheuten, hinter dem Rücken ihres Ministers Sir Edward Grey die Bemühungen der britischen Regierung zu durchkreuzen. Bertie erklärte Poincaré:

„Ich gestehe ein, daß ich die Politik Greys nicht mehr begreife. Ich bin sogar beunruhigt. **Man muß verhindern, daß jene Neutralitätserklärung zugestanden wird,** und es besteht Gefahr, daß sie es wird, wenn die deutsche Regierung noch einmal vorstellig wird. Man fordert von uns in Wahrheit die Verpflichtung, im Falle eines Angriffes auf Deutschland neutral zu bleiben. **Aber wer kann dafür garantieren, daß Frankreich, durch eine Mobilisierung der deutschen Armee provoziert und bedroht,** nicht gezwungen ist, die Offensive zu ergreifen? Nein, Cambon sollte nicht befriedigt erscheinen. Wenn Sie selbst in London mit Festigkeit sprechen, wird man zögern, den Fehler zu begehen, den ich fürchte."

Man versteht, woher der Botschafter den Mut nahm, gegen seine eigene Regierung zu intrigieren, wenn man aus einem Briefe des französischen Geschäftsträgers in London vom 12. April 1912 erfährt, daß der Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson „sich beglückwünscht habe, daß die englisch-deutschen Verhandlungen über die Beschränkung der Seerüstungen wenigstens für den Augenblick erledigt sind; denn die Deutschen zeigen sich voller Zähigkeit".

Nicht minder interessant sind die diplomatischen Briefe zwischen Poincaré und seinem Botschafter in Petersburg, George Louis. Aus einem solchen Briefe vom 14. März geht klar und einwandfrei hervor, daß das französisch-russische Bündnis sogar im Falle „einer Erwiderung auf einen tatsächlichen oder drohenden (!) Angriff Deutschlands" ohne weitere Vereinbarung in vollem Umfange in Kraft trat. Es handelte sich also um ein **Offensivbündnis gegen Deutschland,** das Frankreich verpflichtete, den Russen auch in einem Präventivkrieg mit allen Kräften beizuspringen.

Poincaré wollte natürlich nicht, daß ein solcher Krieg im Orient ausbrach, und erinnerte Sasonow daran, daß Frankreich nur für Elsaß-Lothringen in den Krieg gehen werde. Niemals ist diese Absicht so deutlich ausgedrückt worden wie in jenem Brief Poincarés vom 14. März, in dem es heißt:

Ein großes nationales Interesse, wie eine Neuregelung der Frage, die seit 1870 Deutschland und Frankreich trennt, würde allein bedeutungsvoll genug sein, um in den Augen des französischen Volkes Verpflichtungen zu rechtfertigen, die eine militärische Aktion zur Folge haben, in welche die Großmächte sich der Reihe nach hineingezogen sehen könnten und die infolgedessen unsere vollen Kräfte in Anspruch nehmen würde."

Hier wird also ein Weltkrieg um Elsaß-Lothringen nüchtern und kühl ins Auge gefaßt. George Louis zeigt sich etwas beunruhigt, daß Frankreich über seine Verpflichtungen hinaus in das Fahrwasser der russischen Politik geraten könnte, aber auch er hält es nicht für richtig, sich von Rußland zu distanzieren.

„So groß auch," schreibt er, „für uns das moralische Interesse sein würde, die Verantwortung für einen Krieg abzulehnen, die wir nicht zu tragen hätten, so sind wir doch keineswegs sicher, den Krieg zu verhindern, wenn wir der russischen Regierung zu verstehen geben, daß sie außerhalb unseres Bündnisfalles auf eigenes Risiko handelt."

Dieser Ansicht schloß sich Poincaré an — **und damit hatte Rußland freie Hand!**

Zum Schluß wird ein Brief des französischen Militärattachés in Berlin, des Obersten Pellé, an den Kriegsminister Millerand vom 1. April veröffentlicht. Der Oberst ist beunruhigt über die deutschen Heeresvermehrungen, ohne natürlich zu erwähnen, daß sie durch die gewaltigen russischen Rüstungen in erster Linie beeinflußt waren. Aber selbst er kann nicht umhin festzustellen: **„In ihrer Gesamtheit wünschten jedoch die Deutschen die Aufrechterhaltung des Friedens, der die fabelhafte Entwicklung ihres Wohlstandes gefördert hat."**

So urteilte ein französischer Militärattaché über die deutsche Friedensliebe in der Zeit, da im Quai d'Orsay und in der Downingstreet die Fäden gesponnen wurden, an denen die Welt in die Katastrophe gezogen werden sollte.

Die letzten Telegramme

Die neue finnische Regierung

Helsingfors, 24. März. (R.) In Finnland stellte sich die neue bürgerliche Regierung gestern dem Parlament vor. In der Regierungserklärung heißt es, daß die kommunistische Bewegung in Finnland vernichtet worden sei. Es gebe aber noch andere unverantwortliche Elemente in Finnland, die die Ordnung nicht achteten und Freiheit und Leben anderer Staatsbürger bedrohten. Die Regierung werde gegen solche Kreise mit aller Schärfe vorgehen. In der neuen finnischen Regierung sind alle bürgerlichen Parteien vertreten. Im Parlament verfügt die Regierung über eine Zweidrittelmehrheit.

Gesandter Graf Lerchenfeld beim Reichspräsidenten

Berlin, 24. März. (R.) Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten deutschen Gesandten in Brüssel, Graf Lerchenfeld.

Ein Feuerwehrwagen verunglückt

5 Tote, 9 Verletzte

Malvern (Pennsylvanien), 24. März. (R.) Ein Wagen der Feuerwehr stürzte auf der Fahrt zu einer Brandstätte um. Fünf Feuerwehrmänner wurden getötet und neun verletzt. Als der Vater eines der ums Leben Gekommenen die Todesbotschaft erhielt, rührte ihn der Schlag.

Neuer Zwischenfall bei einer französischen Strafkompanie

Paris, 24. März. (R.) Nach einer im „Echo de Paris" veröffentlichten Agenturmeldung aus Calci (Korsika) hat sich bei der dortigen Marine-Strafkompanie ein neuer Zwischenfall ereignet. 16 Matrosen, die unter Aufsicht eines Deckoffiziers auf einem Gutshof arbeiteten, entwaffneten und verletzten ihren Wächter und ergriffen die Flucht. Die Verfolgung ist aufgenommen worden, hatte jedoch keinen Erfolg.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal.** Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf.** Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Schokoladen-

Ostereier u. Hasen

hervorragend in Ausführung und Qualität.

W. Patyk

Aleje Marcinkowskiego 6
(neben der Post)

Die beste Quelle für Marzipan- u. Dessertebier.

Verkürzter Sommerkursus.

Dauer 3 Monate. Pensionspreis einschließl. Schulgeld 90,00 zł monatlich.

Beginn am 15. April — Ende am 15. Juli 1931.

Mit Rücksicht auf notwendige Ausbauarbeiten im Betriebe ist der übliche Halbjahreskursus in diesem Sommer auf ein Vierteljahr begrenzt worden.

Gründl. praktische Ausbildung im Kochen, in Kuchen- und Tortenbäckerei, Einmachen, Schneidern, Schnittzeichenlehre, Weißnähen, Handarbeit, Wäschebehandlung, Glanzplätten, Hausarbeit, Molkereibetrieb.

Praktischer und theoretischer Unterricht von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Außerdem polnischer Sprachunterricht. Abschlußzeugnis wird erteilt. Schön gelegenes Haus mit großem Garten. Elektrisches Licht und Bad im Hause. Auskunft und Prospekte gegen Beifügung von Rückporto.

Haushaltungskurse Janowitz
(Janówiec) Kreis Żnin.
Die Leiterin.

Zur Frühjahrssaat

bietet an:

Svalöfs Ligowo-Hafer I. Abs. anerk.
Hildebrands Grannen-Sommerweizen I. Abs. anerk.
Hildebrands S 30 Sommerweizen I. Abs. anerk.
Janetzkis Sommerweizen III. Abs.
Aeckermanns Isarja-Gerste I. Abs. anerk.
Berges veredelte Landgerste alt. Abs.
Gerstenbergs Grüne Folger-Erbsen II. Abs. anerk,

Dominium Obra; p. Golina.

Gelegenheitskauf.

40 erstklassige, junge Stryjer **Zugochsen**

gejocht, evtl. mit Geschirren, auch nach Wahl geteilt, unter günstigen Zahlungsbedingungen an Bekannte verkäuflich durch

Kozłowski, Leszno, Dworcowa 27.

Für unsere Kleinsten.

Preiswerte Bilderbücher
vom Osterhasen, vom Frühling und Sommer

König Lenz zieht ein . . . . . . —.80 Mk.
Sommerfest im Walde . . . . . —.80 „
Das Tanzfest auf der Wiese . . —.80 „
Hase (gestanztes Bilderbuch) . . —.50 „
Allerlei Späschen vom Häschen kart. 1.70 „
Halbleinen 2.— „
Trarira, der Sommer der ist da 2.50 „
Familie Osterhase . . . . . . 2.50 „
O wie wunderschön ist die Frühlingszeit 2.50 „
Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald 2.50 „
Der Häschen Spaziergang . . . 5.— „

Zu haben in allen Buchhandlungen.
Auslieferung durch die

KOSMOS Sp. z o. o.
Groß-Sortiment. Poznań, Zwierzyniecka 6.



Buschrosen

dieses Jahr noch blühend, in schönsten Sorten, mit Namen und Kulturanweisungen, 12 Stck. für 12 zł, großblumige Gladiolenzwiebeln, 10 Stck. 3 zł, einschl. Porto u. Verpackung gibt ab per Nachnahme

Rosenschule B. KAHL,
Leszno, Wlkp.

Nähe
elegant, schnell und billig.
Time, Św. Marcin 43.

Annoncen-Expedition

Kosmos Sp. z o. o.
POZNAŃ

Zwierzyniecka 6. Tel. 6105, 6275.

Reklame- und Verlagsanstalt
vermittelt Anzeigen für sämtliche Zeitungen des In- und Auslandes.

Alleinige Anzeigen-Annahme
für
das Posener Tageblatt, Posen, und für die Zeitschrift
Handel und Gewerbe
Nachrichtenblatt des Verbandes für Handel und Gewerbe, e. V., Posen.

Zum Osterfest
empfehle mein reichhaltiges Lager in

Spirituosen : : Liköre
Ungarweine : : Südweine
inländische **Cognacs** ausländische
Große Auswahl! Niedrige Preise!

L. Maćkiewicz
Skład Win i Spirytualji
Poznań, Wrocławska 32, Tel. 1456.

Original Amerikanische

Chevrolet-Teile

kauft man am billigsten bei

W. Müller
Pierwszy Poznański Parowy Zakład Wulkanizacyjny
Poznań, ul. Dąbrowskiego 34.
(Achsen werden unter Garantie geliefert, bei Bruch kostenloser Ersatz.)

Kiefernbauholz 1.—4. Klasse gibt freihändig ab die Forstverwaltung des Rittergutes
Bronikowo, pow. Smigiel.

Brennereiverwalter

sucht Stellung vom 1. Juli 1931, gestützt auf gute Zeugn. u. m. gut bestand. Examen. Uebernehme Büroarb. in Poln u. Deutsch und wenn Apparat vorhand., autogen. Schweißen. Offert. bitte u. **992** a. d. Geschft. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

50.— oder 60.— zł kosten **50** Mtr. Drahtzaungeflecht, 1 m hoch, best verzinkt, mittelkräftig.

2.0 mm oder **2.2** mm Stärke mit Einfassung 11 zł mehr, 50 m Stacheldraht 7.50 zł.

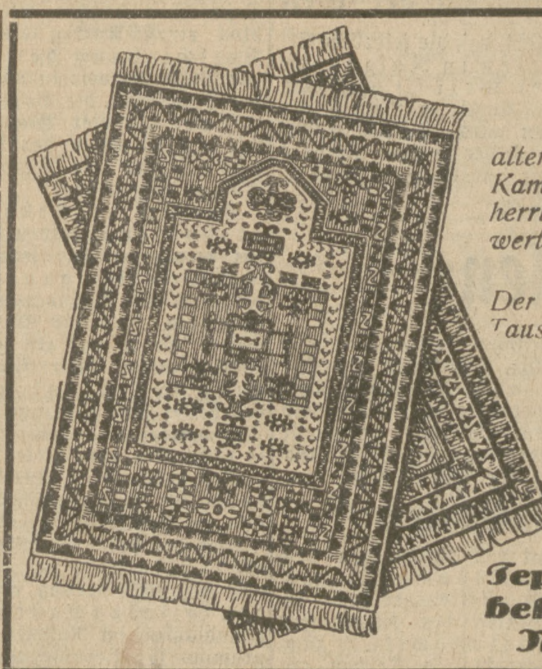
Liefere jede Höhe. Nachnahme.

Frachtfrei
nach jeder Vollbahnstation

Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel
Nowy Tomyśl W.5.

3—4 Zimmer-Wohnung

von einer ruhigen Beamten-Familie sofort **gesucht.** Off. u. **993** a. d. Geschft. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.



Smyrna-Orient.

Dieser Teppich aus Polen ist die vollkommene Nachbildung alter orientalischer Teppiche. Er ist handgeknüpft, aus feiner Kammwolle, hat durchgehende Musterung und echte Farben. Ein herrliches Erzeugnis einheimischer Knüpfkunst. Ein vornehmer wertbeständiger Zimmerschmuck.

Da die Zollgebühren wegfallen, ist der Preis sehr niedrig. Der Quadratmeter kostet bei einer Knotenzahl von 40 bis 60 Tausend nur 100 bis 140 zł. Grösste Auswahl.

Teppich-Zentrale

Kazimierz KUŻAJ

Poznań, *ul. 27 Grudnia 9.*

Teppiche — Kelims — Läufer- u. Bodenbelagstoffe — Divan-, Bett- u. Tischdecken
Neuheiten in Dekorationsstoffen u. a.

In der ältesten und glücklichsten **Lotteriekollektur**

A. Kędziora in Poznań

Sieroca 5/6 (Ecke Neuestrasse)

fallen täglich **große Gewinne**

Ziehungen finden alltäglich bis zum 18. April statt.

Säume nicht!

Kaufe noch heute 1/4 **Los zu 50 zł.**

Detektiv

Büro **GREIF**
seit 20 Jahren in Posen

Ermittelungen
Beobachtungen
Auskünfte
Ratajczaka 15
(Apollo).

Möbliert. Zimmer
zu **vermieten.** Sauber und sonnig. **Noak,** Plac Działowy 10. III.

Achtung!
Wegen Todesfall Werkstatt, gr. Hof, geeignet f. Auto- u. Landmasch.-Repar. m. 4-5 Zimmerwohng., z. verpacht., evtl. das Grundstück, besteh. a. 2 Wohnh., Stall. u. Gart. zu verkaufen. **E. Müller,** Mogilno (Vorstadt) Jana Kausa 11.

Verkaufe
zirka 600 Zentner prima **Schwan-Speisekartoffeln** und 200 Zentner **Saatkartoffeln.**
Paul Schiller, Pąchy poczta Lewiczynek.

Jg. Dame im Alt. v. 20 Jahr. sucht die Bekanntschaft pass. Herrn zwecks **späterer Heirat** Verm. nicht erfordl., da selbst Besitz. e. gr. Hauses i. Posen nebst Ausst. u. 13000 zł Barvermögen. Off. m. Bild u. **Treue 997** a. d. Geschft. d. Ztg., Poznań, Zwierzyn. 6.

Trock. breite 30, 36, 43, 80mm kief. **Stammware** 20 mm astr. **Seiten,** Ia 23 und 26 mm wolhyn. **Erlenbretter,** 4×6 cm kief. **Dachlatten, Ahorn-, Birken-, Buchen-Bohlen, Speichen** preisw. verkäufl. Näh. **Anf. u. 994** a. d. Geschft. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kaufe gutverzinsliches **Grundstück**
bevorzugt das für Platzholz- und Kolonialw.- usw. Handlg. geeignet. Ausführl. Angebote unt. **995** an die Geschft. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6 erbeten.

Roßwerk, Schrotmühle, Häckselmaschine, Arbeitswagen u. Geschirre, Säcke, Winden, Drahtseile, Geldspind, Eisenbassin, Eisenöfen, Gartenpumpe, Dachsteine, Kacheln
verkäuflich
Näh. Anfragen unter **996** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Junges, tüchtiges **Hausmädchen** **gesucht** zum 1. April. Polna 14, 1 links.

Suche zum 1. April **Stellung** als **Buchhalterin**
Betrieb gleichgltg. Referenz-gute Zeugn. vorh. Gefl. Ang. u. **933** a. d. Geschft. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Köchin
für Weinstube wird vom 1. April gesucht. Bevorzugt wird nur erstklassige Kraft **Moulin Rouge** Kantaka 8/9.

Chauffeur-Schlosser
sucht Stellung ab 1. April oder später. Offert. u. **966** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Junger Landwirt sucht zum 1. April od. spät. Stellg. als **einfacher Wirtschafter** auf mittler. Landwirtschaft. Off. u. **991** a. d. Geschft. d. Ztg. Poznań. Zwierzyniecka 6.

Suche vom 1. April oder später Stellung als **Wirtschaftsassistent.** Habe Winterschule besucht u. 2-jährige Lehrz. beendet. Off. an **Herbert Degner,** Dom. Orłowo p. Połajewo powiat Oborniki.

Dr. R. Langrod's

Zeitschrift für Polnisches Recht und Wirtschaftswesen

Review of Polish Law and Economics
erschien soeben als III. Jahrbuch.

Im Hinblick auf die Ratifizierung des Deutsch-Polnischen Handelsvertrages durch den polnischen Sejm seien aus der Fülle hochaktueller Artikel besonders erwähnt:

1. **Der Völkerbund, Locarno und Polen**
   Alexander Skrzyński, Ministerpräsident und Minister des Aeußeren a. D.
2. **Die Ausgestaltung des Mehrstimmrechtes im polnischen Aktienrecht.** Dr. Rudolf Langrod, Rechtsanwalt.
3. **Deutsch-Polnisches Aufwertungsabkommen** v. 5. Jan. 1928 (Ratifiziert im Januar 1931).

Format: Grossoktav. 370 Seiten stark.
Preis: ord. **zł. 24.—.** Netto **zł. 18.—.**

Kommissionsverlag
Concordia Sp. Akc. **Poznań, Zwierzyniecka 6**